

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Der
1. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1918 bis 1939, Teil 1**

Sonderheft Nr. 29



Der
1. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1918 bis 1939, Teil 1

Sonderheft Nr. 29

1. Geheimkrieg, Teil 1

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorbemerkungen	2-3
Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg	3-47
Gründung des Völkerbundes	47-50
Kriegsschuldfrage und Kriegsgewinnler des Ersten Weltkrieges	50-75
Siegeszug der Diktaturen in Europa	75-78
Deutsche Ostpolitik	78-83
Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg und die Besetzung des Ruhrgebietes	83-94
Hinweise für den Leser	95-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Chronik der Geschichte des 1. Geheimkrieges der Westalliierten gegen die Deutschen von 1918 bis 1939, Teil 1

In der Dunkelheit jener Tage erhob sich der Name des amerikanischen Präsidenten als das Sinnbild einer neuen Ordnung der Freiheit und des Völkerfriedens. Die 14 Punkte wurden in der Vorstellung des deutschen Volkes zu einem Programm der Gerechtigkeit und einer ehrenvollen Beendigung des Krieges.

Prinz Max von Baden (1867-1929, deutscher Politiker)

Vorbemerkungen

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechts-subjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählte seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrsch-

ten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die maßgeblichen Politiker der Weimarer Republik versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen (Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc.).

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

Der Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden durch die Siegermächte des Ersten konsequent ausgeplündert und schließlich völlig ruiniert. Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vollständig zu liquidieren, setzten die Westalliierten von 1918 bis 1939 vor allem auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg

18.01.1919

Frankreich: Am 18. Januar 1919 werden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden, nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

Die Pariser "Friedensverhandlungen"

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die französischen "Friedenspläne" nach dem Ersten Weltkrieg (x291/33-34): >>... In Frankreich wurde der Ausgang des Krieges damals überwiegend als französischer Sieg verstanden und gefeiert. Nachdem man lange um den Sieg gebangt und schon einer Niederlage ins Auge gesehen hatte, war die Erleichterung über den schließlichen Erfolg ungeheuer; und nachdem man von allen Verbündeten am meisten unter diesem Krieg zu leiden gehabt hatte, glaubte man nur zu gern, auch den größten Anteil an diesem Sieg zu haben. Entsprechend groß waren die Erwartungen, die man in die Friedensverhandlungen setzte.

Der Friedensvertrag sollte nicht nur sichere Garantien gegen einen erneuten deutschen Angriff und damit gegen eine Wiederholung der Kriegsleiden enthalten; die Deutschen sollten auch für alle erlittenen Verluste aufkommen, und sie sollten darüber hinaus durch ihre Kontributionen (Geldleistungen) ein Wiederanknüpfen an die Vorkriegsverhältnisse ermöglichen, die in der Erinnerung vielfach zur "Belle Époque" ("Schöne Epoche", von etwa 1890-1914) verklärt worden war.

Die Überzeugung, daß "Deutschland alles zahlen wird", tröstete über die Misere der Kriegerschöpfung hinweg und entschärfte zugleich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein antideutsch bestimmter Nationalismus wurde zum wichtigsten Integrationsmittel einer Gesellschaft, deren innere Friktionen (Reibungen) durch die Kriegserfahrung eher verstärkt und vermehrt als eingeebnet worden waren.<<

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebt, erklärt später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georges Clemenceau (x051/-103): >>Clemenceau, Georges, geboren in Mouilleron-en-Pareds (Vendée) 28.9.1841, gestorben in Paris 24.11.1929, französischer Politiker; Gegner des Friedensvertrages von 1871; Radikalsozialist; Verleger der Zeitschrift "L'Aurore", mit der er in der Affäre um den jüdischen Hauptmann Dreyfus gegen die Antisemiten kämpfte. Clemenceau löste als Ministerpräsident 1906-09 endgültig den französischen Staat von der Kirche und agitierte im 1. Weltkrieg für den äußersten Einsatz aller Kräfte gegen das Deutsche Reich.

Das brachte ihm 1917 diktatorische Vollmachten als neuer Regierungschef, den Vorsitz 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz und wegen seiner verbissenen Härte den Spitznamen "der Tiger" ein. Die überharten und verhängnisvollen Bedingungen des Versailler Vertrages trugen seine Handschrift. Clemenceau zog sich 1920 aus der Politik zurück.<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.

Lloyd George erklärt damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenchaften des Krieges vergessen haben. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über David Lloyd George (x051/-359-360): >>Lloyd George, David, geboren in Manchester 17.1.1863, gestorben in Llanystumdwy 26.3.1945, britischer Politiker; 1890 liberaler Unterhausabgeordneter, 1905-08 Handelsminister, 1908-15 Schatzkanzler, 1915/16 Kriegsminister, Dezember 16 bis 19.10.22 Pre-

mierminister.

Lloyd war im Ersten Weltkrieg entscheidender Motor der britischen Rüstungsanstrengungen und erzielte in den "Khakiwahlen" (sogenannt nach der Uniformfarbe der britischen Soldaten) 1918 einen überwältigenden Wahlsieg.

Er setzte sich für manche Milderung des Versailler Vertrages ein, konnte aber den Grundtenor kaum mäßigen. 1922 gestürzt, war Lloyd weiter Parteiführer, verlor aber seit 1929 allen politischen Einfluß.

Im September 36 besuchte er Deutschland, zeigte sich tief beeindruckt vom nationalsozialistischen "Aufbauwerk" und sprach von Hitler, nach einem Besuch auf dem Berghof, als dem "George Washington Deutschlands". Trotz späterer Distanzierung blieb dieser Begeisterungsausbruch in der öffentlichen Meinung ein Makel.<<

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Die Londoner "Times" schreibt im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.

Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! ...<<

>>... Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böse und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. ...<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Als US-Präsident Wilson ("Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte) seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes (Wilsons größter Wunschtraum). Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampfflos und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit (bis 1920) nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

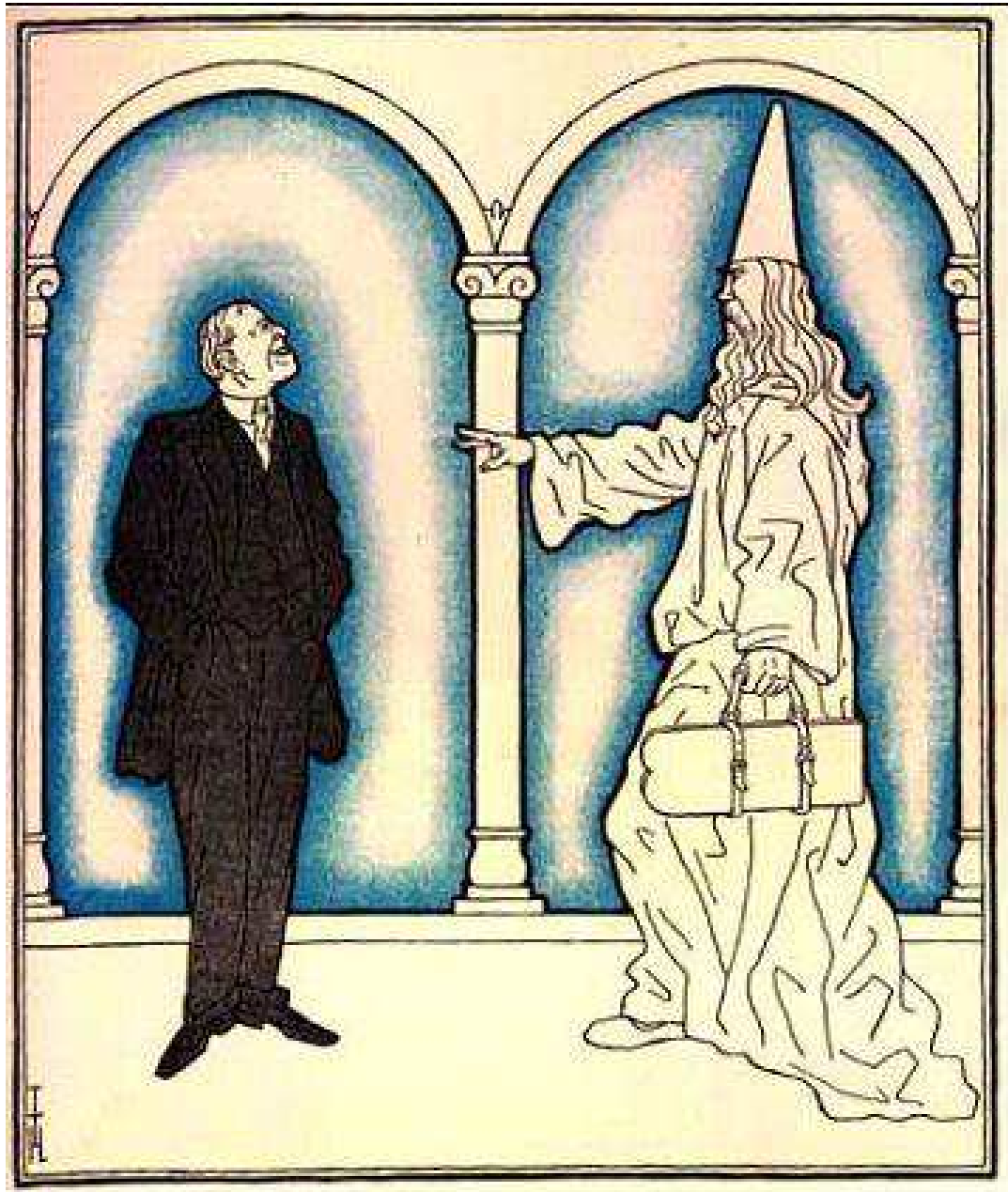


Abb. 54 (x065/369): "**Unter Göttern**": Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten (Simplicissimus vom 17. Juni 1919).

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).

Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnis-

se grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.

Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.

Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.

Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deutschen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtet später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrecht war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung mit Zustimmung des Präsidenten Raymond Poincaré beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schreibt später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H. G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen.

Jedoch verkennt dieses Verdikt (Urteil), daß zwar Chancen versäumt wurden, aber die Probleme wirklich ungeheuer groß waren. Auf der Pariser Friedenskonferenz konnten sich nicht einfach, wie in vorangegangenen Jahrhunderten die Staatsmänner zusammensetzen und dann wieder zur Tagesordnung übergehen mit "Friede wirkendem Vergessen", wie man das vormals genannt hatte. Nein, gerade die Völker waren im Krieg mit einem aufgeputzten Nationalismus und Haß gegeneinander angetreten und erwarteten nun auch Genugtuung für ihre Opfer, nicht zuletzt die materiellen; denn der Krieg war in Europa durch Raubbau an den Volkswirtschaften finanziert worden.

Das setzte auch die Regierungen der Sieger unter Druck, so daß der amerikanische Präsident kaum als gleichsam unparteiischer Schiedsrichter nachträglich einen unentschiedenen Frieden durchsetzen konnte. Gerade in Ostmitteleuropa gab es unentwirrbare nationale Gemengelagen. Strategische und wirtschaftliche Gründe konnte man darüber hinaus bei der Gründung neuer Nationalstaaten nicht ganz vernachlässigen. Und schließlich galt unausgesprochen, daß man die weithin als Angreifer des Krieges angesehenen Verlierermächte nicht noch nachträglich durch territoriale Zuwächse gestärkt aus dem Krieg hervorgehen lassen wollte. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.

Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.

Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.

Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige (englisch, französisch und deutsch) Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. Die Leserinnen und Leser der Zwanzigerjahre mußten förmlich den Eindruck gewinnen, in diesem Vertragswerk sei nahezu

alles geregelt worden, was dazu angetan sein konnte, die deutsche Position zu schwächen. So bestimmte, um nur ein skurriles Beispiel zu nennen, Art. 374, daß Deutschland in jedem Falle eine etwaige Kündigung der internationalen Vereinbarung von 1909 über die Schweizer Gotthardbahn mittragen werde.

Man konnte den Vertrag mit gutem Grund nicht nur als "Buch der Sieger", sondern förmlich als Enzyklopädie der Sieger lesen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.

Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.

Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".

Überhaupt waren die Geographiekenntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").

Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schifffahrt von Rhein und Elbe anweisen.

Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosphorus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...

Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigener Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...

Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."

Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärt hatten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.

Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag".

Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."

Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...<<

03.03.1919

Großbritannien: Die Siegermächte verstärken am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostseeraum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

März 1919

USA: Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nordamerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzt, dürfen Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

General J. F. Fuller schreibt später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515):
>>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

07.05.1919

Frankreich: Am 7. Mai 1919 übergibt Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x073/69):
>>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!

Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... (Wir sind aber einmütig entschlossen), sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen.
...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928, von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau), Sprecher der deutschen Delegation, antwortet daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

09.05.1919

Deutsches Reich: Der SPD-Vorstand ruft am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Reichsminister Erzberger erklärt am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" ist die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" soll offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wissen, daß die Deutschen den Ersten Weltkrieg nicht bewußt bzw. vorsätzlich verschuldeten, wird in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.

Der nordamerikanische Journalist Villard berichtet über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?

Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wieder aufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<

11.05.1919

Deutsches Reich: Der evangelische Theologe Otto Dibelius (1880-1967, seit 1945 Bischof) erklärt am 11. Mai 1919 während einer Predigt in Berlin (x340/188): >>Ein Volk, das seinem eigenen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hat, das seine Brüder und Schwestern preisgegeben hat, um den Feinden im leichtsinnigen Vertrauen die Friedenshand hinzustrecken, ein Volk, das seine furchtbare Niederlage mit Streiks und Tanzvergnügen feiert ... ein solches

Volk hat ein hartes Gericht verdient von den Händen eines gerechten Gottes. ...<<

12.05.1919

Deutsches Reich: Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnt die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Scheidemann erklärt im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780):
>>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlicht später (am 28. Juni 2009) den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trug jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>Dieser Vertrag ist unannehmbar!"

von *Philipp Scheidemann*

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie

Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsternen Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)

Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.

Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhafteste Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

"Deutschland aus der Welt wegzuradiieren"

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradiieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindli-

chen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie:

Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschatz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!*)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich stän-

dig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Aufblodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhaft Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafte Zustimmung*)

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter

sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafte Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafte Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundheit führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

Konstantin Fehrenbach (1852-1926, Zentrumspolitiker, 1920/21 deutscher Reichskanzler) hält danach am 12. Mai 1919 eine feierliche Schlußrede (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

22.05.1919

Großbritannien: Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schreibt am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...

Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.

Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

26.05.1919

Frankreich: Nach Bekanntgabe der französisch-britischen Friedensbedingungen treten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verläßt, schreibt am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer

Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...

Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenken.<<

30.05.1919

Südafrika: Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General, 1919-24 und 1939-48 südafrikanischer Ministerpräsident) schreibt am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir ihnen gegenüber (den Deutschen) unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

31.05.1919

Deutsches Reich: Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 31. Mai 1919 in der Berliner Zeitschrift "Zukunft" über die Versailler Friedenverhandlungen (x1.142): >>**Das Ende**

Was soll also geschehen? In Versailles muß das Äußerste darangesetzt werden, den Vertrag entscheidend zu verbessern. Gelingt es, gut. Dann unterschreiben. Gelingt es nicht, was dann? Dann darf weder aktiver noch passiver Widerstand versucht werden. Dann hat der Unterhändler, Graf Brockdorff-Rantzau, das vollzogene Auflösungsdekret der Nationalversammlung, die Demission des Reichspräsidenten und aller Reichsminister den gegen uns vereinten Regierungen zu übergeben und sie aufzufordern, unverzüglich alle Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen.

Damit fällt die Verantwortung für den Frieden, für die Verwaltung und für alle Leistungen Deutschlands den Feinden zu; und sie haben vor der Welt, der Geschichte und vor ihren eigenen Völkern die Pflicht, für das Dasein von 60 Millionen zu sorgen. Ein Fall ohnegleichen, unerhörter Sturz eines Staates; doch Wahrung der Ehrlichkeit und des Gewissens. Für das Weitere sorgt das unveräußerliche Recht der Menschheit - und der klar vorauszusehende Gang der Ereignisse. ...<<

07.06.1919

Österreich: Die österreichische Nationalversammlung protestiert am 7. Juni 1919 gegen die Friedensbedingungen von Saint-Germain-en-Laye bzw. gegen das "Todesurteil für Deutsch-Österreich" (x034/52): >>... Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns eingliedern als freier Staat in die große Deutsche Republik.<<

14.06.1919

Deutsches Reich: Die Delegierten des 8. Pazifistenkongresses lehnen am 14. Juni 1919 die harten Friedensbedingungen gegen Deutschland ab, obwohl sie die deutsche Kriegsschuld anerkennen.

16.06.1919

Deutsches Reich: Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, fordern die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose

Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohen mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

In dieser Note der Siegermächte heißt es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...

Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb (von) 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... (Sie haben) sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<

>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

17.06.1919

Deutsches Reich: Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" (1896 in München gegründet) schreibt am 17. Juni 1919: >>... Als US-Präsident Wilson in den Himmel kommt, fragt ihn Gott: Thomas Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten!<<

20.06.1919

Deutsches Reich: Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Friedensbedingungen entschieden ablehnen, tritt die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert bleibt trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt.

Die SPD-Fraktion beschließt danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

21.06.1919

Deutsches Reich: Am 21. Juni 1919 läßt der deutsche Konteradmiral Ludwig von Reuter (1869-1943) bei Scapa Flow (Bucht in den Orkneyinseln) die von den Briten internierte deutsche Kriegsflotte (6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer) von den deutschen Besatzungsmitgliedern versenken, obgleich die deutschen Kriegsschiffe an die Siegermächte ausgeliefert werden sollen.

22.06.1919

Deutsches Reich: Die Mehrheit der Nationalversammlung ist am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnen den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautet schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).

Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärt Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!

Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ... (Ich rufe auf zum) Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Der SPD-Politiker Paul Löbe (1875-1967, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, danach bis 1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 und 1944 vorübergehend inhaftiert, 1949-53 Mitglied des Bundestages) erklärt vor der Nationalversammlung (x256/72):

>>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.

Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.

Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<

28.06.1919

Frankreich: Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichnen die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Angesichts der gnadenlosen Methoden der Siegermächte muß sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der Gewalt beugen. Der deutsche Staat muß in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

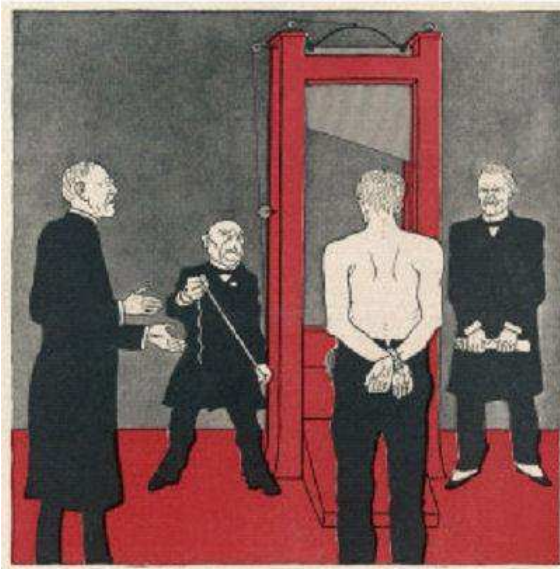


Abb. 55 (x149/38): Karikatur aus dem "Simplicissimus" 1919. Die Überschrift lautet: "Versailles", sie ist unterschrieben: Auch Sie haben noch ein Selbstbestimmungsrecht: Wünschen Sie, daß Ihnen die Taschen vor oder nach dem Tode ausgeleert werden?" Dargestellt sind Lloyd George, George Clemenceau und Woodrow Wilson.

Vor der Unterzeichnung erklären Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumspolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<

Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" bzw. die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgt am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtet später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Nach der Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" entsteht schon bald die sogenannte "Dolchstoßlegende". Vor allem General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres), der nach seiner Flucht (1919) aus Schweden zurückkehrt, macht später unentwegt die deutschen Bolschewisten, Sozialdemokraten, Juden, Freimaurer und andere sog. "Staatsfeinde" für die militärische Katastrophe verantwortlich.

Ludendorff gehört jahrelang zu den schlimmsten Hetzern, obwohl er nachweislich Lenin bzw. den Bolschewismus im Jahre 1917 persönlich unterstützt hatte. Ludendorff belastet bis zu seinem Lebensende viele Unschuldige, um seine eigenen verhängnisvollen Fehler zu vertuschen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Dolchstoßlegende" (x051/131): >>Dolchstoßlegende, nach dem Ersten Weltkrieg von nationalistischen Kreisen verbreitete These, daß für den militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Herbst 1918 das Versagen der Heimat verantwortlich sei, das "im Feld unbesiegte Heer" sei durch die Novemberrevolution "von hinten erdolcht" worden (Hindenburg am 18.11.19 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung).

In den folgenden Jahren wurde die Dolchstoßlegende fester Bestandteil der Agitation der Rechten, besonders der Deutschnationalisten und der Nationalsozialisten, mit dem Ziel, die demokratischen Politiker der Weimarer Republik als "Novemberverbrecher" zu diffamieren. Tatsächlich stand das deutsche Heer im Herbst 1918 aus kriegswirtschaftlichen und strategischen Gründen unmittelbar vor der Niederlage, was General Ludendorff, später einer der Ziehväter der Dolchstoßlegende, mit seinem überstürzten Rücktritt Ende September 18 sowie seiner Forderung nach "sofortigem Waffenstillstand" dokumentiert hatte.

Daß sich Politiker fanden, die den Militärs die Unterschrift unter den unvermeidlichen Waffenstillstand abnahmen, gab der Dolchstoßlegende neue Nahrung, die auch durch die klaren Beweise ihrer Unhaltbarkeit etwa im Dolchstoßprozeß (19.10. - 20.11.25 in München) nicht auszurotten war und die politische Atmosphäre nachhaltig vergiftete.

Der völlige Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht 1945 verhinderte das Aufkommen einer neuen Dolchstoßlegende nach dem Zweiten Weltkrieg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtet später (im November 2018): >>**Dolchstoß ohne Legende**

_von Jan von Flocken

... Erschöpfung auch bei den Alliierten

Auch wenn das angesichts eines nahezu totalen Krieges eher illusorisch war - auf der Gegenseite kam es ebenfalls zur Krise. Unter den alliierten Soldaten forderte die Spanische Grippe tausende Todesopfer. Die französische Heeresleitung kam zu dem Schluß, daß Deutschland auf jeden Fall noch bis 1919 durchhalten werde. General Douglas Haig, Kommandeur der bri-

tischen Streitkräfte in Frankreich, war der Überzeugung, die ersten beiden Oktoberwochen seien "die schwierigsten Wochen des Weiterkämpfens" gewesen.

Deutschland stand zwar "mit dem Rücken zu Wand", so der kenntnisreiche US-Historiker David Stevenson, aber seine Kriegssituation sei nicht aussichtslos gewesen. Ein Weiterkämpfen in gesicherten Stellungen der Westfront, also im Feindesland, wäre für Deutschland möglich gewesen und hätte einen erträglicheren Frieden erreichen können.

Doch die Heimatfront war bereits zersetzt. Seit Juni 1916 kam es in Deutschland zu mehreren Massenstreiks, welche die Kriegsproduktion weitgehend lahmlegten. Am Januarstreik von 1918 nahmen mehr als eine Million Arbeiter teil. Rüstungsbetriebe in Berlin, Hamburg, München, Braunschweig, Halle, Magdeburg, Köln, Breslau, Leipzig und Mannheim lagen still. Die Zechen im Dortmunder Kohlenrevier produzierten tagelang nichts mehr, ebenso wie die Werften in Kiel und Hamburg. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland im Oktober 1917 agitierte die deutsche Linke vehement gegen den Krieg und einen Siegfrieden.

Namentlich die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg edierten *Spartakus-Briefe* taten sich hier hervor. Schon in der ersten Nummer war von "rücksichtsloser Machtentfaltung der Volksmassen" die Rede. Im August 1918 drohten die Linksradikalen, man werde "mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen". Und einen Monat später hieß es, "die dringende Aufgabe, gerade im gegenwärtigen Moment, ist, die öffentliche Pleite des deutschen Imperialismus mit verzehnfachter Energie agitatorisch auszunutzen".

Der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Albert Vater aus Magdeburg rühmte sich: "Wir haben den Umsturz systematisch vorbereitet. Wir haben unsere Leute zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Deserteure haben wir mit falschen Papieren an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten zermürben sollten."

Ein Augenzeuge berichtet vom Herbst 1918: "Es wimmelte von Fronturlaubern, die ihren Urlaub eigenmächtig verlängern; zahllose geheilte Verwundete, die statt an die Front auf den Eisenbahnstrecken im Rund fahren; glatt Fahnenflüchtige und Drückeberger, die angeblich seit Monaten ihre Truppenteile suchen. Allerorten passiver Widerstand, Kriegsunlust, faule Witze, Unordnung in Reih und Glied."

Weltfremde Friedenshoffnungen

Man profitierte dabei von der lawinenartigen Überzeugung der Massen, daß man nur die bisherige Führung abzusetzen brauche, um sich danach sofort mit dem großmütigen Feind zu vergleichen und dadurch Frieden, Freiheit und Brot zu erlangen. US-Präsident Woodrow Wilson, der sein Land 1917 in den Krieg hineingezogen hatte, versprach den Deutschen und ihren Verbündeten mit den "14 Punkten" goldene Zeiten, wenn sie nur bedingungslos ihre Waffen niederlegten. So wurden schließlich Soldaten, die an der Front weiterkämpfen wollten, als "Streikbrecher" beschimpft und Sabotage in den Fabriken verübt.

Zufrieden notierte der Kremlchef Wladimir I. Lenin: "Der Zauber der russischen Revolution fand in der ersten grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter während des Krieges seinen Ausdruck." Moskaus Gesandter in Berlin, Adolf Joffe, machte die sowjetrussische Botschaft Unter den Linden zum Zentrum für alles, was an deutschen Linkssozialisten und angehenden Spartakisten fachmännische Anleitung und rollende Rubel zur Revolution benötigte.

Das einfache Volk hungerte und froh derweilen. Und es breitete sich die Illusion aus, daß Deutschland von seinen Feinden jederzeit den Frieden haben könne, wenn nur eine Gruppe Fürsten, Feldherren, Alldutsche und sonstige Kriegsinteressenten hinweggefegt würden. Eine hoffnungsfrohe Weltfremdheit brach sich Bahn. US-Präsident Wilson galt als großer Heilsbringer. Doch gerade er hatte in seiner Kongreßansprache vom 11. Februar 1918 gedroht: "Die deutsche Macht, ohne Gewissen, Ehre und Verständnis für einen Verständigungsfrieden, muß zerschmettert werden!"

Mit der Matrosenmeuterei in Kiel am 1./2. November 1918 kam das Ende. Eine Woche später

mußte Deutschland kapitulieren. Hunderttausende sahen das damals als Resultat eines hinterhältigen "Dolchstoßes", den die Heimat der Front versetzt habe.

Was die vollständige Kapitulation an furchtbaren Folgen zeitigen sollte, bewiesen die Worte des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau bei der Übergabe der Friedensbedingungen im Mai 1919: "Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei befriedigen wollte." <<

Der "Versailler Friedensvertrag"

Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch. Die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrages wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverbrecher" etc.) beschimpft und verunglimpft.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die sog. "Novemberverbrecher" (x051/422): >>Novemberverbrecher, Schimpfwort der politischen Rechten im Kampf gegen die Weimarer Republik.

Mit der zunächst auf die Ausrufer der Republik (9.11.18), die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten und die Unterzeichner des Waffenstillstands vom 11.11.18 (daher die Bezeichnung) gemünzten Verunglimpfung sollte den Demokraten wie Ebert, Erzberger, Scheidemann u.a. die Schuld am deutschen Zusammenbruch gegeben und die Dolchstoßlegende flankiert werden.

Der Begriff wurde daher bald auf alle Repräsentanten der "Novemberrepublik", des "Novembersystems" ausgedehnt, die als "Novembersippschaft" beschimpft wurden. Die Novemberrevolution wurde zur "Revolte" herabgestuft und dem "System" damit die Legitimation bestritten. Die Novemberverbrecher und ihre Erfüllungspolitik spielten leitmotivisch auch in Hitlers Polemiken eine Hauptrolle zur Kettung der Republik an die "Schmach" des Novembers 1918.<<

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % der Bevölkerung (Stand: 01.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise z.B. auf folgende Ostgebiete verzichten: Oberschlesien = Regierungsbezirk Oppeln (3.213,4 qkm mit 892.537 Einwohnern) und Niederschlesien = Regierungsbezirk Breslau (511,6 qkm mit 26.248 Einwohnern) erhielt Polen.

Das Hultschiner Ländchen in Oberschlesien (315,9 qkm mit 48.446 Einwohnern) fiel an die Tschechoslowakei.

Der größte Teil Westpreußens (das Kulmerland und Pommerellen, ohne die Freie Stadt Danzig) fiel 1919/20 an Polen, so daß Ostpreußen wieder vom Deutschen Reich getrennt wurde. Der polnische Korridor (größtenteils mit Pommerellen bzw. Westpreußen identisch) entsprach fast den Abtretungsgebieten des Jahres 1466.



Abb. 56 (x315/118): Grenzen des Deutschen Reiches nach 1919.

Gebiets- und Bevölkerungsverluste des Deutschen Reiches infolge der Gebietsabtretungen von 1919-22 (x012/46, x018/675, x019/55):

Gebietsabtretungen	qkm	Bevölkerung
Deutsches Reich (Stand: 01.12.1910)	541.125,4	64.926.000
Memelland an Litauen	- 2.656,7	- 141.238
Danzig und Umgebung an Freistaat Danzig	- 1.914,2	- 330.630
Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern an Polen	- 46.142,4	- 3.854.961
Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei	- 315,9	- 48.446
Nordschleswig an Dänemark	- 3.992,7	- 166.348
Eupen und Malmedy an Belgien	- 1.035,5	- 59.945
Verluste der preußischen Provinzen	- 56.057,4	- 4.601.568
Elsaß-Lothringen an Frankreich	- 14.523,0	- 1.874.000
Deutsche Gesamtverluste	- 70.580,4	- 6.475.568
Deutsches Reich (Stand: 31.12.1922)	470.545,0	58.450.432

Durch die Abtretung der östlichen Teile des ober-schlesischen Industriegebietes (Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Industriestandorten) verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlossene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen (die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark). Von den 62 ober-schlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 ober-schlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung überlassen (x019/95).

Das Deutsche Reich mußte außerdem auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015). Die Siegermächte beschlagnahmten bzw. liquidierten ferner zahlreiche deutsche Privatvermögen.

Der Erste Weltkrieg kostete dem Deutschen Reich etwa 1/3 seiner Kohlen-, 1/2 seiner Blei-, 2/3 seiner Zinkerz- und 3/4 seiner gesamten Eisenerzvorkommen (x054/188). Die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie die Zwangsentziehung der wertvollen ober-schlesischen Kohlenvorräte und modernen Schwerindustriebetriebe stellten das Deutsche Reich bereits ohne die noch zusätzlich zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen vor gewaltige, fast unlösbare wirtschaftliche Nachkriegsprobleme. Von 1914-22 verminderte sich das gesamte deutsche Volksvermögen von 310,0 Milliarden (1914) um 150,0-200,0 Milliarden Mark (x063/524).

Der Inhalt des Versailler Friedensvertrages (440 Artikel)

Teil I (enthielt die Völkerbundssatzung)

Teil II-III (regelte die Festsetzung der neuen Grenzen und die Ausbeutung von deutschen Kohlengruben): Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen ("Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa) über-

nehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

2. Eupen und Malmedy (mit rd. 60.000 Einwohnern; davon 50.000 Deutsche) mußten an Belgien abgetreten werden.

3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.

4. Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil = 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.

5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert (eindeutiger Bruch des Friedensvertrages!).

6. Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen) mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark (75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich).

2. Oberschlesien fiel an Polen (obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden). Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen ober-schlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten (Volksabstimmung nach 15 Jahren). Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen eingeteilt (insgesamt 32.452 qkm mit 7,2 Millionen Einwohnern). Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

Teil IV-V (regelte die sonstigen Enteignungen und die Überwachung der Abrüstung): Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).

Militärische Bestimmungen: Ablieferung des Kriegsmaterials (u.a. alle U-Boote und die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine sowie rd. 2.000 Jagd- und Bombenflugzeuge), Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung der einst stolzen deutschen Militärmacht und Einführung einer sehr kleinen Berufsarmee (Heer = 100.000 Soldaten und Marine = 15.000 Mann), Zerstörung aller Küstenbefestigungen und Festungen ostwärts des Rheins (in einer Entfernung von 50 km), Verbot und Überwachung der Rüstungsproduktion (x041/82).

Die Entscheidung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, hatte

später verhängnisvolle Folgen. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik.

Teil VI-VII (regelte die Bestimmungen über Kriegsgefangene und die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher): Holland lieferte den früheren deutschen Kaiser Wilhelm II. später nicht aus.

Teil VIII (regelte die Kriegsschuld und Reparationen): Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.

Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und (ihre Staatsangehörigen) infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<

Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten (einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika) aufzukommen.

Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).

Teil IX-XIV (regelte die sonstigen Bestimmungen über Finanzen, Wirtschaft, Luft- und Flußschifffahrt, Eisenbahnen, Bürgschaften etc.): Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Flüsse (Donau, Elbe, Memel, Oder und Rhein) wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.

Alle Siegermächte (außer Nordamerika) unterzeichneten den Versailler Vertrag. Der Vertrag von Versailles trat jedoch trotzdem am 10. Januar 1920 in Kraft.

Dieser unsägliche Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen Friedensverhandlungen, bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.

Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet im Jahre 1955 über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges (x057/194): >>Die alleinige Kriegsschuld wurde von Deutschlands Gegnern den Mittelmächten, besonders dem Deutsch Reich, zugeschoben und als Propaganda in der ganzen Welt verbreitet. Diese vom deutschen Volk als Kriegsschuldlüge empfundene Behauptung diente später als Begründung für die harten Friedensbedingungen.

Weder moralisch noch juristisch oder politisch konnte von einer Alleinschuld Deutschlands die Rede sein. Die Entwicklung von 1871 bis 1914 hatte gelehrt, daß sowohl Bismarck als

auch Wilhelm II. ehrlich auf den Frieden bedacht waren. Weder die Regierung, noch das Volk hielten einen Krieg für die geeignete Lösung der europäischen Krisen. Wohl gab es auch in Deutschland einige wenige radikale Kreise, die einen Krieg für notwendig hielten. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes war jedoch ebenso friedliebend gesinnt wie die Völker der übrigen Welt.

Dagegen hat sich der Kriegswille einiger ausländischer Staatsmänner, besonders der russischen, als aktenmäßig feststehend erwiesen, ebenso die Tatsache, daß im Jahre 1914 keine der Regierungen den Krieg herbeiführen wollte (Lloyd George: "Die Mächte sind in den Krieg hineingeschlittert").

Aber die Entente hatte es verstanden, der Welt gegenüber Deutschland als Friedensbrecher hinzustellen. Hierin wurde sie unterstützt durch das diplomatisch ungeschickte Verhalten Deutschlands und Österreichs bei Kriegsausbruch.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die "Kriegsschuld-Klausel" (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<

Die meisten Deutschen, die den Versprechungen der Siegermächte bedingungslos geglaubt hatten, wurden bitter enttäuscht. Nach der Entwaffnung des deutschen Heeres begann für die Deutschen eine endlose Tragödie. Fast niemand war bereit, den Deutschen zu helfen.



Abb. 57 (x065/371): "Statt der 14 Punkte 440 unerfüllbare Paragraphen". Karikatur von E. Schilling auf den Versailler Vertrag.

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg. Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen die Selbstbestimmungsrechte so-

wie wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.

Der US-Historiker Paul Gottfried berichtet später über die Kriegsschuld der Deutschen (x1.035/...): >>>Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg

Der letzte Kaiser im Wandel der Zeitgeschichte

Einer bemoosten Legende nach haben die Achtundsechziger einem weitgehenden Läuterungsverfahren Anstoß gegeben. Über die von ihr umgestaltete politische Kultur hinaus hat die Einflußnahme dieser Generation auf das deutsche und mitteleuropäische Gemeinleben eindringlich gewirkt - stets zum Zweck, der Stammbevölkerung ihren Nationalsinn zu entziehen.

Kriegsschuld im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Zu den Aufgaben dieser Gewissenspeiniger zählt die Arbeit, die Verantwortlichkeit für den Ersten Weltkrieg umzudeuten. Der Legende nach hat die ältere Generation von deutschen Historikern übergroße Unterschiede zwischen den Verantwortungsgraden der deutschen Kriegführenden jeweils 1914 und 1939 getroffen. Während sie der deutschen Diktatur im Falle des Zweiten Weltkriegs eine beträchtliche Schuldlast unterstellten, versuchten die vermutlichen Beschöniger, der deutschen Regierung und den Staatsbürgern beim Ersten Weltkrieg einen niedrigen Grad zuzuschreiben.

Natürlich war es für die deutschen Ehrenverteidiger schwierig, die damalige deutsche Regierung und den sprunghaften ... Deutschkaiser von jeder Kriegsschuld freizusprechen.

Trotzdem behandelten die betreffenden Historiker die deutschen Staatsträger einfach als Fahrlässige, die den Kriegsablauf mit anderen Mitschuldigen ins Rollen gebracht hatten. Dieser Deutung folgend müsse man sich hüten, der deutschen Nation den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Auch wenn die rasante Vermehrung der kaiserlichen Flotte, das Einmischen von Wilhelm II. in die Verhandlungen der westlichen Kolonialmächte und die im Zweiten Reich zu erkennende "illiberale" Staatsform in Betracht gezogen werden, hätten die Deutschen nicht mehr als die anderen angerichtet, um den Krieg herauszufordern. In diesen überspitzten Formulierungen, so die späteren Kritiker, haben nationalbewußte, deutsche Geschichtler die deutsche Rolle am Kriegsausbruch und die Mängel des Kaiserreiches verniedlicht.

Historikerstreit in den 60er-Jahren

Gegen diese Verharmloser ist der ehemals nationalsozialistische und nachher auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung hinarbeitende Historiker Fritz Fischer in "Griff nach der Weltmacht" (1961) und in dessen Folgewerken zu Felde gezogen. Die Tatsache, daß die damalige Springer-Presse und Union-Rundschreiben Fischers Werk als eine Ehrenbefleckung für ihre Nation brandmarkten und den Unwillen "der Deutschen, sich zweimal als kriegsschuldig zu bekennen" unterstrichen, gab dem heraufziehenden Gerangel weitere Nahrung.

Bei diesem Historikerstreit wurden, so erscheint es, gewisse erzählenswerte Tatsachen weggefegt. Die Fischer-Schule setzte sich aus hartgestrickten Sozialisten zusammen, während ihre bevorzugten Angriffsscheiben, Gerhard Ritter, Heinz Gollwitzer, und Hans-Dietrich Erdmann, der relativ konservativen CDU zuzuordnen waren. Und natürlich kamen die "national-konservativen Historiker" durch die CDU-Schirmherrschaft zu stattlichen Lehrstühlen. Immerhin haben die verhöhnten Historiker keineswegs erkennen lassen, daß sie überhitzte Nationalisten gewesen sind.

Bezüglich ihres Herangehens an den Ersten Weltkriegs haben sie sich nie als Deutschnationale gebärdet. Ihr Fauxpas bestand darin, daß sie die angehäuften Beschuldigungen gegen das Zweite Reich für ihre Gegner zeitgeistwidrig ausgesiebt hatten. Wie dies auch sein mag: Auf den Kaiser und seine Staatsminister hielten sie überhaupt keine Lobreden.

Gollwitzer, der in Münster von Radikalen schikaniert wurde und sich früh pensionieren ließ, hat die grelle Rückschrittlichkeit des Kaiserdeutschlands in den Vordergrund seiner Aufsätze über die Weltpolitik gestellt. Doch entgegen seinen Behauptungen hat die deutsche Sache im Ausland nicht bloß miesepetrige Militärs und unsympathische Reaktionären angezogen.

Die geistigen Abhängigkeiten der damaligen Historiker

Was viele Historiker der älteren Generation in der Nachkriegszeit prägte, war die nachhaltige Erinnerung an die zwei deutschen Niederlagen im zwanzigsten Jahrhundert. Ebenso eindringlich war die Einwirkung der den West- und Mitteleuropäern beschiedenen amerikanischen Herrschaft und das Angewiesensein der Deutschen auf die Amerikaner, um sich vor einer drohenden sowjetischen Macht zu schützen.

Die Wertevorzüge ihrer amerikanischen Besetzer und späteren Gönner hat die in der Nachkriegszeit zur Berufsreife gelangten Deutschen lebenslang mitgeprägt. Und wesentlich für diese von außen angelernte Gesinnungspolitik war der "liberal internationalism," den der Antideutsche Wilson im Ersten Weltkrieg auf sein Panier schrieb, und der den zerschlagenen Deutschen eingehämmert wurde.

Die Westbindung bedeutete für den Besiegten und Bekehrten, das Gute und Sittliche auf einen "demokratischen," "in Amerika hergestellten" gemeinsamen Nenner zu bringen. Der heute als rechts eingeordnete Historiker Ernst Nolte eifert in seiner "Geschichte Europas 1848-1948" ebenfalls gegen das Zweite Reich. Bei seinem Rundumschlag gegen die deutsche Staatsführung vor und während des Krieges läßt sich Nolte nicht einmal von Fischer und Geiss bei seiner Verachtung für das Kaiserreich überbieten.

Falls sich die Deutschen im Krieg durchgesetzt hätten, so Nolte, hätten die übrigen Europäer "unter der Herrschaft einer siegestrunkenen Militärmacht, einer eisernen Ferse gestanden." Darüber hinaus: "So wenig sein heutige Zustand Bewunderung verdient oder endgültig sein muß, so wenig gibt es einen zwingenden Grund, Deutschlands Niederlage von 1918 zu beklagen."

Eine weichenstellende Position bezog der an der Harvard Universität lehrende Ordentliche Professor William L. Langer (1896-1977). In "European Alliances and Alignments" (1939) legte Langer bei seiner Behandlung des Ursprunges des Ersten Weltkriegs den Schwerpunkt auf die diplomatischen Bindungen der beiden in den Konflikt eintretenden Seiten. Schwer wäre es, bei seiner Geschichtsschreibung den Mittelmächten eine besondere Kriegsschuld zuzuweisen. Als diplomatischer Historiker versucht Langer die Antriebe und Wirkungsweise der Allianzenstruktur ab dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts freizulegen und zu gewichten.

Fay: Serbien, Rußland und Österreich-Ungarn sind schuld

Sein Zeitgenosse Sidney Bradshaw Fay wirbelte außerdem Staub auf mit seiner revisionistischen Studie über die Kriegsverantwortung "The Origins of the World War" (1928). Fay zieht den antideutschen Konsens der amerikanischen Liberalinternationalisten in Zweifel und rückt die Beteiligung der serbischen Regierung an dem folgenschweren Attentat auf den österreichischen Erzherzog und seine Gattin ins Scheinwerferlicht.

Aufgrund seiner Belegstücke schafft es Fay, die Schuld für den Kriegsausbruch weg von den Westmächten, einschließlich der Deutschen, zentnerschwer auf Serbien, Rußland und Österreich-Ungarn zu verlagern. Den Deutschen aber schrieb er denselben Fahrlässigkeitsgrad wie den Franzosen zu.

Zwei weitere die Kriegsfrage angehende, zeitnähere Schriften sind ebenfalls von Bedeutung: "The Politics of War" (1979) - ein Buch, worin Walter Karp mit Woodrow Wilson und seiner Außenpolitik hart ins Gericht geht. Karp hebt die Zielbewußtheit hervor, womit Wilsons Regierung seine Nation in eine feindselige Haltung den Mittelmächten gegenüber gelenkt hatte. Besondere Aufmerksamkeit wandte Karp dem Doppelmaß zu, womit Wilson und sein Staats-

sekretär Robert Lansing mit den deutschen Zuständigen umgesprungen waren.

Kennan: Französisch-russischer Pakt mit verheerenden Folgen

Einen weiteren Hieb gegen die deutschfeindliche Interpretierung des Kriegsbeginns versetzte George Frost Kennan (1904-2005) in "The Fateful Alliance: France, Russia, and the Coming of the First World War" (erschienen 1984). In dieser sprachgekonnten Schrift zerlegt Kennan die schon damals einseitige Darstellung der in dem Krieg kulminierenden Ereigniskette.

Nach der hergebrachten Interpretierung sei es Wilhelm II. vorzuwerfen, daß das 1887 Wiederversicherungsabkommen mit Rußland nicht binnen der anberaumten Jahresfrist (1890) erneuert wurde. Wegen der hochschnellenden Widerstreite zwischen Österreich-Ungarn und Rußland entschied Wilhelm II. voreilig, die russische Verbindung zugunsten der österreichischen im Ganzen zu opfern.

Der junge Kaiser war nicht zu tadeln, so Kennan, daß der auf Bismarcks Wacht abgewickelte Wiederversicherungsvertrag mit Rußland fortfiel. Der Verantwortungsträger dafür war der russische Zar Alexander III., der ein näheres Verhältnis mit Frankreich anstrebte.

Wegen des Machtstrebens auf dem Balkan - entgegen den Wünschen der Deutschen und Österreicher - entschied der Zar und seine Berater von den Deutschen mit ihren österreichischen Mitverbündeten wegzurudern. Mittlerweile trat der französische Gesandte und nebenbei Abkömmling der byzantinischen Kaiserfamilie, Maurice Paleologue, an den russischen Herrscher mit bestechendem Köder französischer Kredite heran, um die russische Schwerindustrie und Eisenbahnlinien aufzurichten.

Und kurz nach dem Abschluß der russisch-französischen Allianz kam der Schlieffenplan als Lösung des gewärtigten Zweifrontenkriegs für die Deutschen zutage. Darin schlug sich das Paktieren der Russen und Franzosen zu einem Verhängnis nieder. Zu dieser Auswertung gehören folgende weitere Betrachtungen:

Der Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland hat nicht mehr ermöglicht, als eine wohlwollende Neutralität zwischen den Unterzeichnenden zu gewährleisten. Wie der Geheime und Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein (wie begründet sein Ruf als Hofintrigant auch gewesen sei) mit Recht feststellte:

Den Deutschen sei mit der russischen Verständigung kein großer Wurf gelungen. Man hat diese im Geheimen abgeschlossen, ohne die Österreicher davon zu unterrichten, und ohne eine beträchtliche Gegenleistung setzt man sich der erdenklichen Gefahr aus, die Engländer ins Harnisch zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt zerstritten sich die Russen und Engländer über die Ausdehnung ihrer jeweiligen Einflußbereiche in Mittelasien.

Wer hat alles Schuld? Großbritannien auch?

Die Fortsetzung der Beziehung zum Zarenreich hätte zur Folge gehabt, daß die Deutschen verhindert werden könnten, eine nähere Verständigung mit Wilhelms englischem Mutterland zu erreichen, so Holstein und Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi. Und nicht zuletzt hat es reichlich Anlässe nach 1891 gegeben, zwischen Deutschland und Rußland freundliche Verhältnisse zustande zu bringen.

Ebenso aufklärend für den Hintergrund des Ersten Weltkriegs wirken ein paar englischsprachige Studien, die die britische Beteiligung ausleuchten. Mit erdrückendem Beweismaterial zeigen Roy Jenkins und Edward Cokeley, wie hartnäckig Churchill als britischer Stabschef gegen die Deutschen als einen bedrohlichen Nationalfeind gewettert hatte.

Eine Machtprobe mit dieser emporsteigenden Landmacht, die England seine industrielle und wirtschaftliche Spitzenstellung in Europa abzunehmen drohte, hat Churchill als vorbestimmt angesehen.

In der Kabinetregierung des Lord Edward Grey, wo Churchill steil an Einfluß gewann, wurden mit den Franzosen weitreichende Kriegspläne geschmiedet. Als Notmaßnahme wurde eine beiderseitige Besetzung der belgischen oder holländischen Küste nach Anfang der

Kriegshandlung gegen die Deutschen vorgesehen. Kein Wunder, daß Churchill ohne Kriegs-ansage der britischen Flotte schlagartig befahl, über die Deutschen eine Hungerblockade zu verhängen.

Im Sammelband "The Costs of War" beweist der libertäre Historiker Ralph Raico, mit welcher Leichtfertigkeit die Geschichtsfigur, die Henry Kissinger "einen Ausbund an Staatsklugheit" lobpreist, sein Land in Streitigkeiten hineingedrängt hat.

Vom Burenkrieg bis hin zu den Weltkriegen hatte Churchill keine Skrupel auf vorgezeichnete Totalfeinde britische Streitkräfte loszulassen. Und war das Gefecht einmal losgetreten, hat er es keineswegs gescheut, seine Feinde inklusive der Zivilisten zu vernichten.

Woher rührt es, daß er Hungerblockaden und Terroranschläge gegen Nichtkämpfer als alltägliche Kriegsmittel eingesetzt hat; und nach dem Zweiten Weltkrieg, ohne einen Mucks vorzubringen, Hunderttausende aus Osteuropa zugeströmte Flüchtlinge Stalins Henkern ausgeliefert hat? Raico bezweifelt, daß das deutsche Eindringen in Belgien den englischen Stabschef gänzlich zur Kriegserklärung brachte. Den Anlaß ergriff Churchill vorsätzlich und zwar genüßlich.

...

"Folglich wäre es falsch, die öffentlichen Beteuerungen Wilhelms seiner friedlichen Absichten - die bekannteste in seiner Jubiläumsansprache vor den Reichstagsabgeordneten am 16.6.1913 - einfach als "scheinheilige" Tarnung für eine grundsätzliche kriegerische Diplomatie zu verwerfen. Wilhelm schlug auch bei weniger öffentlichen Anlässen die gleiche Saite an. Zu Admiral Müller sagte er etwa, er wünsche, daß seine Herrschaft eine Zeit der Konsolidierung sei, nicht der Expansion.

In einem Gespräch mit dem badischen Gesandten Graf Siegmund Berckheim am 11. März 1914 stellte Wilhelm fest, daß größte Zurückhaltung und Vorsicht die allgemeinen Grundsätze der deutschen Politik sein müssen, und versprach, daß er, der Kaiser, ganz gleich in welcher Situation niemals einen Präventivkrieg führen werde."

- Prof. Christopher Clark: Wilhelm ii. München 2008, S. 264<<

Wolfgang Müller berichtet später über das im Jahre 1922 veröffentlichte Buch "The Myth Of A Guilty Nation" (x1.035/...): >>**The Myth Of A Guilty Nation**

Kessinger Publishing 2010 (Reprint von 1922)

Albert Jay Nock

Im Jahre 1922 gab der US-amerikanische Autor eine Sammlung seiner vorab im libertären Magazin "Freeman" erschienenen Artikel unter dem Titel "Der Mythos von einer schuldigen Nation" heraus.

Albert Jay Nock (1870-1945) war als Libertärer ein Gegner der amerikanischen Intervention im Ersten Weltkrieg und blieb es auch nach der Niederlage der Mittelmächte 1918. Die vorliegende Streitschrift ist eine Antwort auf die im Versailler Vertrag festgeschriebene deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg.

Diese hatte nach einer Äußerung des britischen Kriegspremiers, David Lloyd George, laut einer in der damaligen Zeit weitverbreiteten Äußerung kein Gegenstand weiterer Debatten, sondern eine "chose jugée" zu sein. Nock wandte sich nach dem Versailler Vertrag entschieden gegen diese Darstellung und wollte die amerikanische Öffentlichkeit von der Unrichtigkeit der Alleinschuld-These überzeugen.

Nach Nock trugen Deutschland und Österreich nicht mehr Verantwortung an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges als die Entente-Mächte.

Er zeigte, wenn man schon von einer "Verschwörung" kleiner, elitärer politischer und militärischer Gruppen gegen den Frieden ausgehe, daß diese in St. Petersburg, London und Paris stattgefunden habe: "To say that Sir E. Grey, Mr. Asquith, ... Lord Haldane, ... Mr. Winston Churchill ... were taken by surprise and unprepared, is mere levity."

Nock wertet erstmals belgische Akten aus, beklagt die geheimen Absprachen zwischen den

Entente-Mächten und entlarvt die Lügen und Kriegspropaganda, die auch im Zwischenkriegsamerika Allgemeingut waren und Deutschland schließlich für immer brandmarken sollten.

Fazit

Der Autor schuf mit seinem schmalen Büchlein - ein heute noch äußerst lesenswertes - frühes Werk des historischen Revisionismus und warnte weitsichtig vor einem neuen Krieg mit Deutschland. Leider sollte er recht behalten.<<

Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schreibt im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit (14 Punkte Wilsons) legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung (Januar 1919) gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles (28. Juni 1919), um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden.

Der Versailler Vertrag forderte an Landabtretungen: Elsaß-Lothringen, die Provinz Posen, den größten Teil von Westpreußen, das Memelland, das Hultschiner Ländchen und, trotz vorheriger, günstiger Abstimmung, Ostoberschlesien, Nordschleswig und Eupen-Malmedy, ebenso das Saargebiet bis zur Abstimmung (1935), ferner sämtliche deutschen Kolonien. Damit verlor Deutschland 6 ½ Millionen Einwohner und 70.500 Quadratkilometer Land. Außerdem sollte das Rheinland 15 Jahre besetzt werden.

Die Wehrmacht wurde auf ein stehendes Heer von 100.000 Mann (Berufsheer) und auf eine Flotte von 6 Linienschiffen, 6 kleinen Kreuzern und 24 Torpedobooten beschränkt. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht und die Pflege der Wehrhaftigkeit wurden verboten, die Befestigungen geschleift.

Aufgrund der These von Deutschlands Alleinschuld am Krieg verlangte das Diktat die "Wiedergutmachung" (Reparationen) aller durch den Krieg entstandenen Schäden und machte dafür das Vermögen und das Einkommen des deutschen Volkes haftbar. Die "Reparationssumme" sollte später festgelegt werden (132 Milliarden Goldmark, 1921). Bei Nichteinhaltung der Zahlungen, der Ablieferung an Vieh, Kohle, Maschinen sowie der gesamten Handelsflotte wurden als Vergeltung "Sanktionen" vorgesehen (Ruhreinbruch 1923). ...<<

>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.

In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Versailler Vertrag" (x051/602-603): >>Versailler Vertrag, am 28.6.19 unterzeichneter Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern im Ersten Weltkrieg.

Wie die anderen Pariser Vorortverträge wurde der Versailler Vertrag auf der am 18.1.19 eröffneten Pariser Friedenskonferenz - Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten - ausgehandelt; das entscheidende Gremium war dabei der "Oberste Rat" aus den Regierungschefs der USA (Wilson), von Frankreich (Clemenceau), Großbritannien (Lloyd George) und Italien (Orlando).

Deutschland durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Der von Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau geleiteten deutschen Delegation überreichten die Alliierten am 7.5. den

fertigen Entwurf des Versailler Vertrages; den deutschen Gegenvorschlägen vom 29.5. stimmten sie am 16.6. nur in wenigen nebensächlichen Punkten zu.

Unter der ultimativen Drohung der Alliierten, den Krieg wieder zu eröffnen, ermächtigte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Reichsregierung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die am 28.6. im Schloß von Versailles - für Deutschland von Außenminister H. Müller und Verkehrsminister J. Bell - vollzogen wurde. Am 10.1.20 trat der Versailler Vertrag in Kraft.

Er enthält in 15 Teilen mit insgesamt 440 Artikeln:

1. Die Satzung des Völkerbundes.

2. Territoriale Regelungen: Das Deutsche Reich mußte abtreten: ohne Volksabstimmung Elsaß-Lothringen an Frankreich, Posen und Westpreußen an Polen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, das Memelland an die Alliierten (1923 an Litauen übergeben), Danzig (das zur Freien Stadt erklärt wurde) und alle Kolonien (als Mandatsgebiete der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt); aufgrund von Volksabstimmungen das östliche Oberschlesien an Polen, Eupen-Malmedy an Belgien und Nordschleswig an Dänemark (Abstimmungsgebiete). Das Saarland wurde bis zu einer Volksabstimmung (nach 15 Jahren) der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt; Elbe, Oder, Memel, Donau, Rhein und Mosel wurden internationalisiert; Österreich wurde der Anschluß an das Deutsche Reich verboten. Deutsche Gesamtverluste: 73.845 qkm mit rund 7,3 Millionen Einwohnern. –

3. Militärische Bestimmungen: Besetzung des linken Rheinufer mit den rechtsrheinischen Brückenköpfen Kehl, Köln, Koblenz und Mainz durch alliierte Truppen, die etappenweise (in fünf, zehn und 15 Jahren) wieder aufgehoben werden sollte; Bildung einer entmilitarisierten Zone auf dem linken und in einem 50 km breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer; Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Beschränkung des deutschen Heeres auf maximal 100.000, der deutschen Marine auf 15.000 (Berufs-)Soldaten; Auflösung der deutschen Luft- und Luftseestreitkräfte; Verbot der Herstellung und Verwendung "schwerer" Waffen (z.B. Flugzeuge und Panzer); Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials und Kontrolle der deutschen Rüstung und Rüstungsproduktion durch die Alliierten; Auflösung des deutschen Generalstabs und militärischer Schulen. –

4. Wirtschaftliche Bestimmungen: Verpflichtung Deutschlands zur Leistung von Reparationen sowie zur Lieferung von Sachgütern (u.a. von Kohle, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Untersee-Kabel) und von Tieren (z.B. 140.000 Milchkühe) an die Alliierten; Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte; Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens (auch des privaten). Die Erhebung von Reparationen wurde begründet mit der alleinigen Schuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten am Krieg, die in Artikel 231 festgestellt und von Deutschland anerkannt werden mußte (Kriegsschuldfrage). –

5. Anklage des (ehemaligen) deutschen Kaisers Wilhelm II. und anderer Personen, die gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen hätten, vor einem (zu bildenden) Gerichtshof und deren Auslieferung.

Der in Deutschland fast einhellig als "Diktatfrieden" oder "Schanddiktat von Versailles" abgelehnte Versailler Vertrag stellte eine starke und dauerhafte Belastung für die Weimarer Republik dar und bot den antidemokratischen Kräften, v.a. auch der NSDAP, einen Ansatzpunkt zum Kampf gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldfrage). Auch unter den Alliierten fand der Versailler Vertrag nicht nur Zustimmung; so ratifizierten z.B. die USA nicht und schlossen 1921 einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.

Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde.

So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Ehemalige Gebiete Deutschlands wurden an Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Jugoslawien und an Dänemark abgetreten. Andere Gebiete wurden unter das Protektorat der Siegermächte gestellt. Insgesamt verlor Deutschland ein Siebtel seines ehemaligen Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Vielfach wurde das Selbstbestimmungsrecht ... verletzt.

Zudem wurde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht kastriert: Fast die gesamte deutsche Handelsflotte mußte ausgeliefert werden. Die überseeischen Besitzungen Deutschlands gingen verloren. Und deutsche Kapitalanlagen im Ausland wurden konfisziert.

Darüber hinaus mußten Reparationszahlungen in schwindelerregender Höhe geleistet werden, zu denen Barzahlungen gehörten (deren Höhe immer wieder revidiert wurde), "Zahlungen" in Form von Sachgütern wie Kohle, Farbstoffen und pharmazeutischen Produkten sowie Vieh, Kunstwerken, Eisenbahnmaterial, Lastkraftwagen oder Kabel.

Es gab Besatzungskosten, Kosten für die neuen Grenzregulierungen, Verwaltungskosten und andere Kosten mehr, die alle dem neuen deutschen Reich aufgebürdet wurden.

Weiter wurde Deutschland entwaffnet: Die Wehrpflicht und der Generalstab wurden abgeschafft, das Heer und die Marine auf ein Minimum an Soldaten reduziert. Die Munitionierung wurde beschränkt. Bestimmte Waffen (Panzer, Luft- und U-Boot-Waffen) wurden gänzlich untersagt, Befestigungen geschliffen. Und es wurde ein Großteil der deutschen Hochseeflotte versenkt.

Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...

Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.

Das Axiom (Ursatz) gilt:

Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen.

Der Versailler Friedensvertrag wurde denn auch von allen Parteien in Deutschland gleichermaßen abgelehnt, aber es gab keine Alternative. Zähknirschend setzten die deutschen Vertreter schließlich ihre Unterschrift unter den Vertrag. ...

Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Trauer, Haß, Zorn, Wut und Protest machten sich breit. Vielerorts sträubte man sich einzugestehen, daß man den Ersten Weltkrieg tatsächlich verloren hatte. ...

Die öffentliche Meinung schlug um, die radikalen Parteien erhielten Zulauf.

Da die Reparationsforderungen barbarisch waren, mußten die Steuern erhöht werden. Gleichzeitig begann die Inflation ihr häßliches Gesicht zu zeigen.

Für all das wurden in ... (der) neuen Weimarer Republik die demokratischen Politiker verantwortlich gemacht. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die im Versailler Vertrag beschlossenen Gebietsabtretungen (x063/523): >>Deutschland verlor 13 % seines Gebietes.

Der "Polnische" Korridor mit 2.156.000 Einwohnern wurde ohne Volksabstimmung herausgeschnitten und trennte Ostpreußen vom übrigen Deutschland ab. In Oberschlesien gingen weitere wertvolle Gebiete verloren, obgleich die Volksabstimmung eine Mehrheit von 62 % zugunsten Deutschlands ergeben hatte. Das Memelland fiel unter Bewahrung einer gewissen Autonomie, an Litauen. Das Hultschiner Land, wirtschaftlich wertvoll durch seine Kohle, kam gleichfalls ohne Volksabstimmung an die Tschechoslowakei. Die zu 95 % deutsche Stadt Danzig wurde mit ihrem Hinterland unter Völkerbundkontrolle gestellt.

Der französisch-polnische Plan, Danzig Polen einzuverleiben, wurde durch Präsident Wilson verhindert. Der Süden von Ostpreußen konnte gerettet werden. Dort betrug die Mehrheit fast 98 %. Im Westen ging das Reichsland Elsaß-Lothringen an Frankreich verloren. Eupen und Malmedy mit 60.000 Einwohnern, davon 50.000 Deutschen, kamen an Belgien. Nordschleswig fiel nach einer Volksabstimmung im Juli 1920 an Dänemark. Insgesamt verlor Deutschland durch die Abtretungen in Europa ein Gebiet von 70.579 Quadratkilometern mit 7.300.000 Einwohnern.

Zusammengesetzt aus bayerischen und preußischen Gebietsteilen wurde das "Saargebiet" geschaffen und einer Regierungskommission unterstellt, die dem Völkerbund verantwortlich war. Nach 15 Jahren sollte ein Volksentscheid bestimmen, ob sich das Gebiet an Frankreich anschließen, zu Deutschland zurückkehren oder den Status quo beibehalten wollte. Die Saargruben wurden Frankreich zur Ausbeutung überlassen. ...

Deutschland verlor alle Kolonien: sie wurden als Mandate des Völkerbundes dem Britischen Empire, Frankreich, Belgien und Japan zur Verwaltung übergeben. ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes schreibt im Jahre 1920 über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages (x128/119-120): >>Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten.

Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen.

Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war. Clemenceau, das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident (Wilson), nur das Gerechte und Rechte zu tun.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungernenden und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandelten sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Wahltaktik, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag. ...

Die bezeichnenden Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

1. Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität Europas.
2. Der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches, mittels deren seine Er-

zeugnisse dorthin gebracht werden konnten, wo man ihrer am meisten bedurfte, und
3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Übersee.

... Vor uns steht ein leistungsunfähiges, arbeitsloses, desorganisiertes Europa, zerrissen vom Haß der Völker und von innerem Aufruhr, kämpfend, hungrig, plündernd und schwindelnd, wo soll man weniger düstere Farben hernehmen? ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>... Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Churchill kritisiert später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/-146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären

Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.

Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über den Versailler Friedensvertrag aus französischer Sicht (x291/60-63): >>... Die Zukunftsvorstellungen, die während des Krieges entwickelt wurden, zielten schwerpunktmäßig auf eine sicherheitspolitisch motivierte Expansion nach Osten: Wie den russischen Verbündeten weitreichende Gebietsabtretungen im östlichen Preußen zugestanden werden sollten, sollte Deutschland im Westen durch eine Beschränkung auf die Rheinlinie eingedämmt werden.

Gewiß, die Sozialisten wollten den Krieg zumeist nur bis zur Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen führen; und manche bürgerliche Pazifisten waren sogar bereit, zumal in den Phasen militärischer Erschöpfung, sich mit der Wahrung des Status quo ante zufriedenzugeben.

Die überwiegende Mehrheit der politischen Kräfte visitierte jedoch eine Abtrennung des gesamten Rheinlandes vom deutschen Staatsverband an, sei es in der Form einer Annexion, oder, was mit der Zeit als wahrscheinlicher angesehen wurde, mit dem Ziel einer Etablierung eines rheinischen Separatstaates, der wirtschaftlich mit Frankreich verbunden und militärisch von französischen und sonstigen alliierten Truppen kontrolliert werden sollte.

Ein Teil der Rheinstaatenbefürworter wollte zudem die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814, d.h. die Angliederung des schwerindustriellen Zentrums an der Saar.

Und eine Minderheit extremer Nationalisten – so die "Action française" um Charles Maurras, aber auch manche Experten des Außenministeriums – forderte sogar eine Rückkehr zum Deutschland des Westfälischen Friedens: eine Aufteilung des Reiches in machtlose Kleinstaaten.

... Als die Vorbereitung der Friedensverhandlungen anstand, legte sich die Regierung Clemenceau auf die Forderung nach Schaffung eines oder mehrerer Rheinstaaten und Annexion der Saar fest. Darüber hinaus traf sie Vorkehrungen, Frankreich zum wirtschaftlichen Zentrum des Kontinents werden zu lassen, und griff die Idee einer kollektiven Sicherheitsorganisation auf, mit der die Alliierten gemeinsam künftigen Expansionsplänen der Deutschen zuvorkommen

sollten.

In Versailles, wo die Alliierten vom Januar bis zum Mai 1919 über den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhandelten, konnte Clemenceau freilich nur einen Teil der französischen Forderungen durchsetzen. Die britischen Verbündeten wollten die deutsche Hegemonie nicht mit einer französischen oder gar einer bolschewistischen eintauschen; und der amerikanische Präsident Wilson wollte eine Friedensregelung durchsetzen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und auf dem Prinzip allgemeiner Abrüstung beruhte.

Hinsichtlich des Rheinlandes konnte die französische Delegation daher nur eine vorübergehende, in drei Stufen abzubauen militärische Besetzung auf 15 Jahre sowie die Schaffung einer entmilitarisierten Zone bis auf 50 km rechts des Rheins erreichen.

Hinsichtlich der Saar blieb es bei einer Übertragung der Eigentumsrechte der Kohlengruben an Frankreich und einer Verwaltung des Territoriums durch den Völkerbund; nach 15 Jahren sollte die Saarbevölkerung in einer Volksabstimmung selbst über ihren zukünftigen Status entscheiden können.

Die Planungen zur Stärkung der französischen Wirtschaftskraft wurden nicht konkretisiert; die Höhe der Reparationen, die Deutschland zu zahlen hatte, blieben unbestimmt ...

Immerhin enthielten die Regelungen von Versailles einige Ansatzpunkte, das französische Programm langfristig doch noch zu verwirklichen: Der Rückzug der französischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland war an die Erfüllung der übrigen Friedensvertragsbedingungen durch Deutschland gebunden; da mochten sich leicht Anlässe finden, die Besetzung auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Solange die französischen Truppen am Rhein standen, konnten allerlei Weichenstellungen zur politischen und wirtschaftlichen Umorientierung des Rheinlandes zu Frankreich hin vorgenommen werden; und es bestand darum auch einige Hoffnung, die rheinländische Bevölkerung letztlich selbst für die Trennung vom Reichsgebiet gewinnen zu können.

Die Besatzungstruppen hielten jedenfalls nach separatistischen Bewegungen Ausschau; und General Mangin, ihr in Mainz stationierter Kommandant zettelte dann auch schon im Juni 1919 einen Separatistenputsch in Wiesbaden an, offensichtlich mit stillschweigender Billigung Clemenceaus. Dieses Putschunternehmen scheiterte zwar, weil es absolut dilettantisch vorbereitet war, und Clemenceau mußte seine Militärs unter dem Druck der Alliierten scharf zurechtweisen; die Hoffnung auf eine Verwirklichung des französischen Rheinlandprogramms auch unter Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips, das die Alliierten erzwangen, waren damit aber noch nicht erloschen.

Darüber hinaus bot der Vertrag gewisse Chancen zur wirtschaftlichen Stärkung Frankreichs auf Kosten Deutschlands. Neben der Abtretung der Saargruben sah er auf lange Jahre umfangreiche Kohlelieferungen an Frankreich, Belgien und Italien vor; außerdem sollte das ober-schlesische Kohlebecken an Polen abgetreten werden (was dann nach der Volksabstimmung von 1921 nur zum Teil erfolgte). Das bedeutete, daß Deutschland nahezu die Hälfte seines Kohlepotentials entzogen werden konnte und Frankreich einen entscheidenden Vorteil bei der Versorgung mit der damals mit Abstand wichtigsten Energiequelle erwarb.

Daneben wurde dem Deutschen Reich durch die Enteignung des schwerindustriellen Besitzes in Lothringen und das Ausscheiden Luxemburgs aus dem deutschen Zollverband 80 % seiner Eisenerzvorräte, über 40 % seiner Produktionskapazität an Roheisen und über 30 % seiner Produktionskapazität an Stahl genommen. Damit konnte Frankreich das Reich in seiner Rolle als stärkster Eisenproduzent ablösen.

Und dann bedeutete die Aussicht auf deutsche Reparationsleistungen, auch wenn ihre genaue Höhe noch nicht feststand, ganz allgemein eine Erleichterung bei der Versorgung von Waren und Kapital zum Wiederaufbau.

Frankreich konnte somit einen gewissen Vorsprung bei der Wiederbelebung des Binnen-

markts entwickeln, Rückstände in der Entwicklung der industriellen Infrastruktur aufholen und in der allgemeinen Wiederaufbauphase Vorteile gegenüber der deutschen Konkurrenz erzielen. Auf diese Weise ließ sich vielleicht keine wirtschaftliche Hegemonie auf dem Kontinent begründen, aber doch immerhin eine Rückkehr zur deutschen Wirtschaftshegemonie verhindern und damit die politische Bedeutung behaupten, die der Wortlaut des Versailler Vertrags Frankreich für den Augenblick zusicherte.

Schließlich boten auch die Garantieverträge, die Großbritannien und die USA der französischen Seite angeboten hatten, einen gewissen Ersatz für die Brüchigkeit der Rheinland- und Völkerbundgarantien. ...

Auch wenn die Friedenskonferenz von Versailles für Clemenceau nur einen Teilerfolg darstellte (und er sich alsbald heftiger Kritik Marschall Fochs und der extremen Nationalisten ausgesetzt sah), war das "System von Versailles" doch flexibel genug, um bei geschickter und sorgfältig aufeinander abgestimmter Nutzung durch die Pariser Außenpolitik eine dauerhafte Neuordnung Europas im französischen Sinne zu ermöglichen.<<

Der französische Historiker Jacques Bainville (1879-1936) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ...

Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um (die Deutschen) aufs äußerste zu reizen. ...

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...

Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... (und) zwischen den Alliierten. ...

Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<

General Charles de Gaulle (1890-1970, ab 1944/45 französischer Regierungschef) spricht im Jahre 1944 von dem "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". De Gaulle deutet damit an, daß die 20er und 30er Jahre tatsächlich nur Pausen bzw. nur Zwischenkriegszeit gewesen seien (x098/41).

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. ...

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. ...

Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<

Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schreibt später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>... Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<

Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schreibt später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.

Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. ...

Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.

Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<

Der US-Historiker Gordon A. Craig (1913-2005) berichtet später über Folgen des Versailler Friedensdiktats (x024/35): >>... Diese Ereignisse von außen waren sehr wichtig. Wenn die westlichen Mächte nach 1918 klüger gewesen wären, wenn sie ein bißchen mehr Verständnis für die inneren Umstände Deutschlands nach einem langen Kriege gehabt hätten, wenn die USA nicht in den Isolationismus zurückgefallen wären, wenn die Engländer und die Franzosen eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland betrieben hätten, dann wäre die Sache gewiß ein bißchen besser ausgegangen, dann hätte die Weimarer Republik eine bessere Chance zum Leben gehabt.<<

In einem "Spiegel-Interview" ("Spiegel" vom 25. Januar 1971, S. 97) erklärt der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über den Versailler Vertrag (x358/16): >>**Die Rache Frankreichs**

_ von Rüdiger Lenhoff

Die empörendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages trugen die Handschrift der Pariser

Politik. Auch nach Einstellung der Kampfhandlungen gingen die Franzosen systematisch gegen Deutsche vor.

Nicht nur die Ruhrbesetzung 1923, sondern auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen 1918/19, das durch Versailles wieder an Frankreich gefallen war, zeigte, daß die feindselige Haltung der französischen Regierung gegenüber Berlin nach dem Krieg fortbestand.

Paris verfolgte entsprechend dem Dreiklang "purifier, centraliser, assimiler" eine Politik der ethnischen Säuberung, zentralistischen Erfassung und Zwangsassimilation. Die Behörden wurden von örtlichen Komitees unterstützt, die willkürlich gegen Deutsche in ihrer Nachbarschaft vorgingen und im Windschatten der großen Politik oft persönliche Rechnungen beglichen. Viele französische Aktivisten trieb auch ein allgemeines Rachegefühl wegen der Kriegsniederlage von 1871, in deren Folge vor allem deutschsprachige Teile Elsaß-Lothringens ans Deutsche Kaiserreich gefallen war.

Nachdem sich die Ausweisungspolitik zunächst nur gegen Angehörige der deutschen Funktionselite gerichtet hatte, traf es bald auch ganz normale Bürger. Die Behörden teilten die Bevölkerung nach Abstammungskriterien in vier Gruppen ein und etablierten damit ein Apartheidsystem. Besondere Repressionen mußten diejenigen über sich ergehen lassen, die zwischen 1871 und 1918 aus dem Inneren des Deutschen Reiches nach Elsaß-Lothringen gekommen waren.

In weniger als zwei Jahren wurden mehr als 100.000 Menschen teils mit roher Gewalt, teils mit anderen Methoden vertrieben und mußten dabei meist allen Besitz zurücklassen. Bloß mit Handgepäck flüchteten vor allem die sogenannten Altdeutschen zu Fuß in Richtung Rheinlinie bei Kehl.

Zu den Begleiterscheinungen gehörten Boykottaufrufe, Enteignungen, Stigmatisierungen und maßlose Hetze. Deutsche Geschäfte wurden mit Schildern bestückt, auf denen "Maison d'un sale Boche" ("Haus eines dreckigen Deutschen") stand, Flugblätter forderten "Kauft nur bei Elsässern" und französische Zeitungen sprachen vom germanischen "Ungeziefer", das auszutilgen sei.

Besatzung an Rhein und Ruhr

Diese Wortwahl dürften viele der französischen Soldaten im Hinterkopf gehabt haben, die ab dem 11. Januar 1923 unter Befehl des französischen Generals Jean-Marie Degoutte zusammen mit belgischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Der Vorwand: Deutschland hatte die horrenden Reparationsforderungen des Versailler Vertrages - ein Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark - zwischenzeitlich nicht bedienen können.

Gegen die 30.000 bis 40.000 Besatzungssoldaten entwickelte sich eine Bewegung des passiven Widerstandes, die Kumpels legten die Arbeit nieder. Als am 31. März 1923 Arbeiter gegen die Beschlagnahmung von LKWs protestierten, eröffneten die französischen Soldaten das Feuer. Die Beisetzung der 13 Toten erfolgte am 10. April 1923 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung.

Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der französischen Okkupation wurde mit etwa vier bis fünf Milliarden Goldmark beziffert. Kein Wunder, daß die Reichsmark im Verlauf des Jahres 1923 durch eine Hyperinflation zerstört wurde und die Deutschen alle Ersparnisse verloren.<<

09.07.1919

Deutsches Reich: Die Nationalversammlung bestätigt am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wird danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigen am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer

Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwiesbare Notwendigkeit.<<

12.07.1919

Deutsches Reich: Am 12. Juli 1919 heben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf.

Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungern mehr als 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

10.09.1919

Österreich: Österreich unterzeichnet am 10. September 1919 unter Protest den "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye und wird als Rechtsnachfolger der Donaumonarchie zu einem Anstifter des Ersten Weltkrieges erklärt.

Der "Friedensvertrag" von Saint-Germain-en-Laye enthält z.B. folgende Bedingungen (x041/-83): Die deutsch-böhmische Landesregierung in Wien wird aufgelöst und das Sudetenland muß zwangsweise aus dem österreichischen Staatsverband ausscheiden.

Abtretung von Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Istrien, Südtirol (bis zum Brenner) sowie Teile von Kärnten und Krain an die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und an Italien.

Anerkennung aller "Nachfolgestaaten".

Verzicht auf die Bezeichnung Deutsch-Österreich.

Ausweisung der Habsburger.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (x051/511): >>Saint-Germain-en-Laye, Vorort von Paris, in dem am 2.9.19 die endgültigen Friedensbedingungen für Österreich von den Alliierten vorgelegt und am 10.9.19 unter österreichischem Protest unterzeichnet wurden.

Der Vertrag von Saint Germain-en-Laye verfügte die Auflösung Österreich-Ungarns und die Beschränkung des österreichischen Staates auf das deutsch besiedelte Gebiet, von dem noch Südtirol zugunsten Italiens und die deutschsprachigen Gebiete von Böhmen und Mähren zugunsten der neu geschaffenen Tschechoslowakei abgetrennt wurden.

In enger Anlehnung an den Versailler Vertrag wurden Österreich Reparationen auferlegt, das Heer durfte 30.000 Mann nicht überschreiten, ein Anschluß an das Deutsche Reich sollte vom Völkerbund entschieden werden, was einem Verbot gleichkam.

Der am 16.7.20 in Kraft getretene Vertrag von Saint Germain-en-Laye bedeutete für Österreich wirtschaftlich wie psychologisch eine Katastrophe und schuf einen internationalen Konflikt, der zum Scheitern des Sicherheitssystems der Pariser Vorortverträge maßgeblich beitragen sollte.<<

Die Republik Österreich

Österreich verlor durch den "Friedensvertrag" von Saint Germain-en-Laye insgesamt mehr als 66 % seiner bisherigen Gebiete und über 75 % der gesamten Bevölkerung. Nach der Zerstümmerung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates lebten nur noch rd. 6,5 Millionen Einwohner in dem neuen Bundesstaat (84.000 qkm).

Obwohl dem neuen Bundesstaat Österreich der gewünschte Name "Deutsch-Österreich" und der Anschluß an das Deutsche Reich ausdrücklich verboten wurde, forderte die überwältigende Mehrheit der Österreicher weiterhin beharrlich den Anschluß an das Deutsche Reich. Man war mit den Deutschen schließlich seit Jahrhunderten verbunden und sah außerdem allein keine politische und wirtschaftliche Zukunft.

Nach dem Ersten Weltkrieg benötigte Österreich ständig ausländische Anleihen, um das Volk überhaupt ernähren zu können (x059/65).

Alle großen österreichischen Parteien nahmen den deutsch-österreichischen Anschluß in ihre Parteiprogramme auf. In den folgenden Jahren wurden die österreichisch-deutschen Einigungsbestrebungen (wie z.B. die deutsch-österreichische Zollunion im Jahre 1931) jedoch vor allem durch Frankreich und Italien verhindert.

Infolge der Liquidierung der jahrhundertealten "Habsburger Ordnung" war Ost-Mitteleuropa noch wesentlich "zerrissener" als vor dem Kriegeausbruch. In den "neuen Staaten" Jugoslawien, Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei lebten die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammen. Diese "neuen Staaten" verbündeten sich naturgemäß mit Frankreich und England gegen Österreich und das Deutsche Reich. Aufgrund des bisherigen Nationalitätenkampfes und der bestehenden historischen Feindschaften waren schwere Auseinandersetzungen nur eine Frage der Zeit.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über "Österreich" nach dem Frieden von Saint-Germain-en-Laye (x051/433): >>Österreich, im Südosten an das Deutsche Reich grenzender Bundesstaat mit rund 84.000 km² und 6,7 Millionen Einwohnern (1930).

Dem "deutschen Rest" des Habsburgerreiches wurde im Frieden von Saint-Germain-en-Laye (10.9.19) der einhellig gewünschte Anschluß an Deutschland untersagt.

Vier fundamentale Widersprüche, denen keine hinreichend integrierenden Kräfte gegenüberstanden, ließen Österreich nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen unter Renner (10.6.20) bis zuletzt nicht zur Ruhe kommen und verhinderten die Ausbildung einer nationalen Identität: historisch die verklärende Erinnerung an Alt-Österreich;

ideologisch und parteipolitisch die Polarisierung zwischen antimarxistischem Bürgerblock mit Christlichsozialen unter I. Seipel (Kanzler 1922-24 und 26-29), Großdeutscher Volkspartei und Landbund und dem austromarxistischen Lager, vertieft durch die paramilitärischen Konflikte zwischen Heimwehren und Republikanischem Schutzbund; gesellschaftlich der Gegensatz zwischen dem industrialisierten "roten" Ballungszentrum und bürokratischem Wasserkopf Wien (25 % der Bevölkerung) und den überwiegend agrarisch-konservativen Bundesländern, die nach der Auflösung der Donaumonarchie nicht in der Lage waren, die Hauptstadt ausreichend zu ernähren (Hungerrevolten 1918/22);

national die Auseinandersetzung um den Anschluß zwischen den um staatliche Selbständigkeit bemühten Christlichsozialen und den Sozialdemokraten, die sich vom Aufgehen im Deutschen Reich den "Anschluß an den Sozialismus" erhofften. ...<<

Rumänien: Rumänien erzielt als Siegermacht des Ersten Weltkrieges erhebliche Gebiets- und Bevölkerungsgewinne und kann durch die Friedensverträge von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 und Trianon (1920) die Gebiete und die Bevölkerung des bisherigen Staates mehr als verdoppeln (x007/3E).

25.10.1919

Deutsches Reich: Die Alliierten heben am 25. Oktober 1919 die Ostseeblockade für deutsche Schiffe auf.

18. November 1919

USA: Der US-Senat weigert sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah (1865-1940) analysiert während dieser Senatsdebatte realistisch und schonungslos (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8): >>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. ... Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war.

Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<

Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnt, verlangt die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die Weigerung des US-Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren (x291/64-65): >>... Damit fehlte die kriegsentscheidende Großmacht nicht nur im Völkerbund, auch der amerikanisch-französische Garantievertrag wurde hinfällig, und der britisch-französische Garantievertrag löste sich, weil sein Inkrafttreten von der Ratifizierung des amerikanischen Vertrags abhing, in Nichts auf.

Dabei hinaus zeigten die USA keine Bereitschaft, Frankreich mit Rücksicht auf die angestrebte Ordnungsfunktion in Europa entgegenzukommen. Weder wollten sie die enormen französischen Kriegsschulden stunden oder gar erlassen, noch sahen sie eine Notwendigkeit, den Franc zu stützen oder sich für die Einlösung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verwenden; die neue Republikanische Administration in Washington war im Gegenteil daran interessiert, Deutschland nicht zu sehr zu belasten, um die amerikanischen Geschäfte auf dem nach wie vor einträglichen Markt des alten Kontinents nicht zu beeinträchtigen.

Die britischen Verbündeten blieben zwar Vertragspartner des allgemeinen Friedensvertrags, sie gewannen aber nun den Eindruck, dem Deutschen Reich schon zuviel zugemutet zu haben, und ließen die Franzosen daher insbesondere bei der Eintreibung der Reparationen (die sie selbst ursprünglich viel höher angesetzt hatten als die französischen Experten) ziemlich allein.

...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**

Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmédy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.

Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert.

Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.

Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. ...<<

27.11.1919

Bulgarien: Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly am 27. November 1919 muß Bulgarien folgende Gebiete abtreten: Die Dobrudscha an Rumänien, Thrakien mit dem Zugang zur Ägäis an Griechenland und die nordwestlichen Gebiete an Serbien bzw. Jugoslawien.

10.01.1920

Frankreich: Der Vertrag von Versailles tritt am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigert, den Vertrag zu unterzeichnen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld muß das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen (x061/411).

04.06.1920

Ungarn: Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verliert Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn muß die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Trianon" (x051/585-586):
>>Trianon, Lustschlösser im Park von Versailles. Im 1687/88 errichteten Grand Trianon wurde am 4.6.20 der Friede zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und Ungarn als einem Rechtsnachfolger der Donaumonarchie und damit als Verliererstaat unterzeichnet.

Der Friede von Trianon war nach dem Muster des Versailler Vertrages mit Kriegsschuldpassus, Rüstungsbeschränkungen, Reparations- und Abtretungsverpflichtungen verbunden und ordnete unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker 60 % der ungarischen Bevölkerung fremden Staaten zu.

Die ungarische Politik bis in den Zweiten Weltkrieg war daher bestimmt von Revisionsforderungen und führte das Land in die Nähe zum faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland.<<

10.08.1920

Osmanisches Reich: Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wird das Osmanische Reich

am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verliert u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Sèvres" (x051/536): >>Sèvres, Vorort von Paris, in dem am 10.8.20 der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und der Türkei unterzeichnet wurde, die im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatte.

Die demütigenden Bestimmungen von Sèvres (u.a. umfangreiche Gebietsabtretungen, z.T. sogar in Kleinasien an Griechenland) lösten 1921/22 den türkisch-griechischen Krieg aus und galten als typisch für die wenig weisen Pariser Vorortverträge.<<

25.08.1921

USA: Am 25. August 1921 schließt die US-Regierung einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.

27.07.1922

Großbritannien: In London befürwortet der Internationale Friedenskongreß (25.-27.07.1922) die Revision des Versailler Vertrages, wie z.B. die nochmalige Prüfung der Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, Annullierung der Schulden und des allgemeinen Abrüstungsabkommens (x034/175).

Gründung des Völkerbundes

28.04.1919

Frankreich: Die Satzung des Völkerbundes wird am 28. April 1919 durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wird damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

Der Völkerbund

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war deshalb zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Kopplung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).

Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache.

Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.

Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen.

Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.

US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.

Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.

Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.

Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.

Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.

Organe des Völkerbundes:

1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.

Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung

zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.

Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.

Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.

Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.

Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.

Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.

Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.

Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.

Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Min-

derheiten zu einigen.<<

19.11.1919

USA: US-Senator William E. Borah erklärt am 19. November 1919 während der Senatsdebatte über den Beitritt der USA in den Völkerbund (x243/81): >>... Wenn wir erst einmal nachgegeben haben und uns in europäische Probleme verwickeln lassen, wo, meine Freunde, wird das aufhören? ...

Wir können die Monroe-Doktrin nur einhalten, wenn wir auch das Grundprinzip einhalten, auf dem sie beruht, und das ist die Politik Washingtons. ...

Dieser Vertrag gefährdet, was für mich die grundlegenden, allerersten Prinzipien dieser Republik sind. Es steht im Widerspruch zu dem Recht unseres Volkes, sich selbst zu regieren, ohne irgendeine rechtliche oder moralische Beschränkung durch ausländische Mächte. ...<<

Der US-Senat lehnt den Beitritt zum Völkerbund später ab.

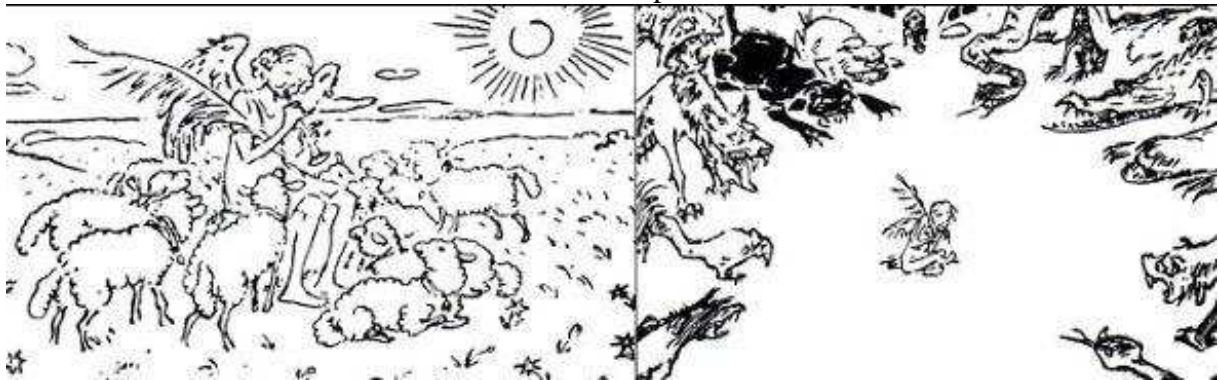


Abb. 58 (x299/61): *Der Völkerbund ... und wie er in Wirklichkeit aussieht* (Arpad Schidhammer, 1920).

Kriegsschuldfrage und Kriegsgewinnler des Ersten Weltkrieges

Verursacher und wichtige Beteiligte des Krieges:

Die Schuld der Staaten (spätere Siegermächte), die eindeutige Kriegsziele verfolgten und den Krieg wollten, war nachweislich wesentlich größer, als die Schuld der späteren Verliererstaaten, die nicht vorsichtig genug oder zu naiv waren, um die Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu verhindern.

Serbien: Der slawische Nationalismus (Jugo- und Panslawismus) förderte nachweislich die radikalen Unabhängigkeitsbestrebungen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die radikalen serbischen Geheimbünde verursachten vorsätzlich den Kriegsausbruch, um die Donaumonarchie Österreich-Ungarn zu vernichten.

Österreich-Ungarn: Die geschwächte Großmacht Österreich-Ungarn war unfähig, die jahrzehntelangen Nationalitätenprobleme rechtzeitig und umfassend zu lösen. Österreich nahm schließlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgers zum Anlaß, um endgültig mit Serbien abzurechnen. Die Habsburger kämpften verzweifelt um ihre europäische Großmachtstellung, deshalb wollten sie den slawischen Nationalismus zerschlagen und versuchten nicht, den Krieg zu verhindern. Der Balkankonflikt war für die Habsburger Monarchie letzten Endes ein Kampf um Sein oder Nichtsein.

Rußland: Aufgrund der traditionellen russischen Expansionspolitik unterstützte der Zar Serbien und verhinderte durch die russische Generalmobilmachung alle deutschen Vermittlungsversuche. Obgleich die russischen Lebensinteressen in keinster Weise bedroht wurden, trieb die russische Regierung das friedlich gesinnte russische Volk in einen verlustreichen Krieg. Die russische Expansionspolitik auf dem Balkan und der verzweifelte Kampf um die innenpolitische Machtstellung des Zarenreiches (Existenznot des Zaren) führten schließlich zum Untergang Rußlands (bolschewistische Revolution im Jahre 1917).

Frankreich: Aufgrund des russisch-französischen Bündnisses geriet Frankreich zwangsläufig in den Krieg. Die französische Regierung unternahm nachweislich nichts, um den drohenden Krieg zu vermeiden, denn man wollte diese Gelegenheit zur "Revanche" unbedingt nutzen (Rache für die militärische Niederlage von 1870/71 und Rückeroberung von Elsaß-Lothringen).

Deutsches Reich: Die außenpolitische Unfähigkeit des Deutschen Reiches (unüberlegte Bündnisvereinbarungen und leichtsinnige Überheblichkeit) führten schließlich zur völligen Isolierung des Landes. Die leichtfertigen deutschen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") förderten schließlich die österreichisch-ungarische Kriegserklärung und rissen das Deutsche Reich in den ungewollten verhängnisvollen Krieg. Das Deutsche Reich ging ursprünglich von einem Verteidigungskrieg aus. Angesichts der frühzeitigen russisch-französischen Mobilmachung entschloß sich die deutsche Heeresführung jedoch notgedrungen zur offensiven Kriegsführung.

Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schreibt z.B. später über den angeblichen "deutschen Angriffskrieg" (x024/36): >>... Die Frage Bethmanns im Reichstag, ob Deutschland hätte warten sollen, bis es eingekeilt zwischen Feinden, von ihnen überwältigt worden wäre, klingt ehrlich, wie der Reichskanzler im allgemeinen wenig Begabung zum Lügen besaß.<<

Das Deutsche Reich hatte damals nachweislich keine Kriegsziele und es gab auch keine spezielle "deutsche Expansionsstrategie". Wenn das Deutsche Reich tatsächlich einen Krieg geplant hätte, wäre man sicherlich bereits im Jahre 1905 zum Angriff übergegangen, als Rußland nach dem russisch-japanischen Krieg entscheidend geschwächt war (Wegfall der zweiten Front im Osten), denn die deutschen Aufmarschpläne gegen Frankreich ("Stoß- und Sichel-schnitt") lagen damals bereits vor (x098/39). Die deutsche Reichsregierung wollte im Jahre 1914 mehrheitlich keinen Krieg, weil alle ernstzunehmenden Politiker wußten, daß Deutschland nichts gewinnen, sondern höchstens alles verlieren konnte.

Großbritannien: Die Briten bemühten sich angeblich, um den Krieg zu verhindern, aber sie traten nach dem Kriegsausbruch erstaunlich schnell gegen das Deutsche Reich an, um die vermeintlichen deutschen Expansionsbestrebungen zu verhindern. Der britische Außenminister Sir Edward Grey lehnte z.B. die erbetene Neutralität Großbritanniens kommentarlos ab, obwohl das Deutsche Reich die europäischen Gebietsstände des Jahres 1914 zusicherten (x090/245).

USA: Nordamerika griff im Jahre 1917 in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft lieferte den Briten und Franzosen bereits vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt erhebliche Kriegsgüter.

US-Senator George Norris (1861-1944) aus Nebraska gibt im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, erklärt bereits nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, daß ein Sieg der Alliierten die Herrschaft Rußlands in Europa fördern wird (x063/489): >>... Wenn aber Deutschland gewinnt, so bedeutet dies die unsägliche Tyrannie des Militarismus auf Generationen hinaus. ... Deutschlands Erfolg würde letzten Endes

ein Bedrohung für uns sein ...<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schreibt später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA gelastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.

Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrugen die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<

Nach umfangreichen Untersuchungen stellt der Völkerbund im Jahre 1921 fest, daß vor allem die großen Kreditinstitute und Rüstungsfirmen zu den großen Kriegsgewinnlern gehören (x068/193): >>Die Rüstungsfirmen haben die Kriegspolitik großgezogen und ihre eigenen Länder überredet, Kriegspolitik zu treiben und ihre Rüstungen zu steigern. Im In- und Ausland versuchten die Rüstungsfirmen Regierungsbeamte zu bestechen.

Die Rüstungsfirmen haben Falschmeldungen über die Militär- und Marineprogramme verschiedener Länder verbreitet, um die Ausgaben für die Rüstung hochzutreiben. Durch Kontrolle der eigenen und ausländischen Zeitungen suchten die Rüstungsfirmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die Rüstungsfirmen haben internationale Rüstungsringe organisiert, die den Rüstungswettstreit durch das Auspielen eines Landes gegen das andere förderten. Internationale Rüstungstrusts wurden organisiert, die die Preise für die Rüstungen erhöht haben.<<

Die Kriegsschuldfrage wurde noch jahrzehntelang nach dem Kriegsende gewissenhaft geprüft und ausführlich diskutiert. Im Verlauf dieser historischen Untersuchungen mußten die Behauptungen der Siegermächte schließlich korrigiert werden, daß das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg vorsätzlich verursacht hätte (x063/474).

Nach fairen und objektiven Nachforschungen setzte sich bei anglo-amerikanischen Geschichtsforschern, westeuropäischen Staatsmännern und Historikern schließlich die Auffassung durch, daß alle beteiligten westeuropäischen Großmächte eigentlich nur durch unglückliche Umstände in den Ersten Weltkrieg geraten seien, und keiner den Krieg vorsätzlich und planmäßig angestrebt hätte.

In den Nachkriegsjahren stellten nordamerikanische, britische und deutsche Geschichtsforscher jedenfalls übereinstimmend fest, daß von einer deutschen Alleinschuld nicht gesprochen werden kann (x059/32). Nach der Devise: "Die Regierungen haben zwar den Krieg, aber auch den Frieden nicht gewollt", klärte man damals die historischen Zusammenhänge auf und ermittelte die Schuldigen bzw. die Unschuldigen.

Die Frage nach der Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heute trotzdem immer noch kontrovers diskutiert.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Kriegsschuldfrage" (x051/333): >>Kriegsschuldfrage, eines der brennendsten politischen Themen in der Weimarer Republik. Durch Unterschrift unter den Versailler Vertrag hatte das Deutsche Reich, wenngleich nur unter Protest und massivem Druck (alliierte "Mantelnote" vom 16.6.19), die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges anerkannt.

Aus ihr leiteten die Siegermächte nach Artikel 231 des Friedensvertrages das Recht auf deutsche Reparationen und auf wehrpolitische Restriktionen ab. Die einseitige Schuldzuweisung wurde nicht nur wegen der wirtschaftlichen Konsequenzen, sondern auch wegen der moralischen Deklassierung von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich als Kriegsschuldfrage emp-

funden.

Die Weimarer Regierungen mühten sich immer wieder um Revision der Verurteilung Deutschlands: Im Auswärtigen Amt wurde 1919 ein Kriegsschuldreferat eingerichtet; es finanzierte die "Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen", die wiederum eine Zeitschrift "Die Kriegsschuldfrage" herausgab (ab 1927 "Berliner Monatshefte"). Ein Erfolg aber blieb aus, weil an der Kriegsschuldfrage das gesamte Versailler System hing.

Sie lieferte denn auch den Rechtsparteien, allen voran den Nationalsozialisten, wirkungsvolle Munition für den Kampf gegen "die Fesseln des Schanddiktats" und damit gegen die Republik. Hitler verwahrte sich gleich bei der Reichstagsöffnung am 21.3.33 (Tag von Potsdam) gegen die Versailler Schuld Klausel, mit deren Bekämpfung er seine Revisionspolitik begründete. Am 30.1.37 zog er die deutsche Unterschrift unter den Versailler Vertrag förmlich zurück.

Heute wird die Kriegsschuldfrage für 1914 differenzierter beantwortet: Zwar verneinen die Historiker im Allgemeinen eine deutsche Alleinschuld, gehen aber von einem deutlich höheren deutschen Schuldanteil aus als die Apologeten der 20er und 30er Jahre.

Eine Kriegsschuldfrage für den Zweiten Weltkrieg stellt sich so nicht, da die auslösenden Momente unübersehbar in der aggressiven Außen- und "Lebensraum-Politik" der Nationalsozialisten liegen.<<

Der britische Premierminister Lloyd George bekennt bereits 1920 (x059/32): >>... Niemand, der in den damaligen Jahren die Staatsgeschäfte leitete, wünschte wirklich den Krieg. Es war etwas, in das sie hineingeglitten sind oder besser hineintaumelten oder zufällig hineingerieten ...<<

In den Jahren 1935 und 1951 stellen maßgebliche deutsche und französische Historiker zur Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges fest (x069/100): >>Die Dokumente erlauben es nicht, im Jahre 1914 irgendeiner Regierung oder einem Volk den bewußten Willen zu einem europäischen Krieg zuzuschreiben. Das gegenseitige Mißtrauen war auf den höchsten Grad gestiegen, und in leitenden Kreisen herrschte der Glaube, der Krieg sei unvermeidbar; jeder nahm die Gefahr des Krieges hin, und eine Gewähr für die Sicherheit wurde nur in einem Bündnissystem und ständiger Aufrüstung gesehen. ...<<

Der US-Historiker Harry E. Barnes berichtet später über die deutsche Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges, daß von den beteiligten Mächten, Deutschland die geringste Schuld treffen würde (x063/474).

Der französische Historiker Pierre Renouvin (1893-1974) schreibt im Jahre 1964 über die "Juli-Krise 1914" (x261/213): >>Aufs Ganze gesehen hat die französische Politik in dieser Krise keine Entscheidung getroffen, die geeignet gewesen wäre, die Risiken des Konflikts zu erhöhen. Sie hat sich darauf beschränkt, angesichts der von Österreich-Ungarn und von Deutschland ergriffenen Initiativen Position zu beziehen.

Der entscheidende Faktor war das Schicksal des französisch-russischen Bündnisses. Bei einem Verzicht auf die Unterstützung der russischen Balkan-Interessen wäre Frankreich Gefahr gelaufen, diese Allianz zu zerstören. Aber indem es der russischen Politik eine totale Unterstützung gab, geriet es in Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden. ...

Tatsächlich hat die französische Regierung der russischen zur Vorsicht geraten, doch setzte sich der Verbündete darüber hinweg. ...

Die französische Regierung fürchtete, wenn sie ... als Zuschauer der Niederlage Rußlands beiwohnen würde, einem siegreichen Deutschland isoliert und ratlos gegenüberzustehen. ...<<

Der sowjetische Historiker Igor W. Bestuschew schreibt im Jahre 1966 über die Kriegsschuldfrage im Jahre 1914 (x261/213): >>Die Untersuchungen der Tatsachen zeigt, ... daß die Politik aller Großmächte, einschließlich Rußlands, objektiv zum Weltkrieg führte.

Die Verantwortung für den Krieg tragen die herrschenden Kreise aller Großmächte ... unge-

achtet der Tatsache, daß die Regierungen Deutschlands und Österreichs, die den Krieg auslösten, eine größere Aktivität an den Tag legten, weil Deutschland auf einen Krieg besser vorbereitet war und weil sich die innere Krise Österreichs ständig verschärfte, und ungeachtet der weiteren Tatsache, daß die Entscheidung über den Zeitpunkt des Krieges letzten Endes praktisch von Deutschland und England getroffen wurde.

Wenn man die Geschichte der internationalen Beziehungen in den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts analysiert, so kommt man zu dem Schluß, daß die Krise des Juli 1914 keine zufällige Katastrophe war, sondern eine zwangsläufige Konsequenz der objektiven Bedingungen, die in der Politik der imperialistischen Mächte ihren Ausdruck fanden.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schreibt im Jahre 1964 über die Kriegsschuldfrage im Jahre 1914 (x261/212): >>Der große Krieg von 1914 ist nicht ... durch einen "Überfall" seiner Gegner auf die friedliche Mitte Europas entstanden. Es ist aber auch nicht als deutsche Offensive oder als deutscher "Hegemonialkrieg" in dem Sinne zu verstehen, daß unsere Nation, überschäumend von Kraftbewußtsein und politischem Ehrgeiz, ihre Nachbarn zum Zweikampf herausgefordert hätte, um sich mit Waffengewalt den schon lange ersehnten Aufstieg zur "Weltmacht" zu erkämpfen. ...

Im übrigen unterschied sich die Politik Deutschlands nur dadurch von der seiner Rivalen, daß sie so weitgehend von rein militärtechnischen Erwägungen bestimmt wurde – zwar ähnlich wie die russische, aber doch weitgehend und noch einseitiger. Wir haben ... gesehen, daß letztlich nur die Angst der Militärs, mit ihren einmal festgelegten Offensivplänen zu spät zu kommen, das Bemühen der diplomatischen Diplomatie zum Scheitern brachte, auf dem Wege friedlichen Verhandeln und politischer Kompromisse die serbische Krise zu beschwören und einen Ausgleich zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln.

Die hilflose Abhängigkeit der deutschen politischen Führung von den Plänen der Militärs war der wesentliche Grund für ihr Versagen im entscheidenden Augenblick: am Abend des 30. Juli. Das war nicht einfach Schwäche, sondern Not: nur Deutschland hatte mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen, war also darauf in jedem Fall darauf angewiesen, den Angriffsplänen seiner Gegner zuvorzukommen, wenn es siegen wollte. ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang J. Mommsen (1930-2004) schreibt im Jahre 1969 über die Kriegsschuldfrage im Jahre 1914 (x261/213): >>... Bei einiger Bereitschaft zur Konzilianz (Entgegenkommen) hätten die anderen Mächte gleichwohl den Ersten Weltkrieg noch abwenden können. Tatsächlich setzten diplomatische Gegensätze von relativ geringer Größenordnung, die unter anderen Umständen leichthin ohne großen Krieg hätten geschlichtet werden können, eine Welt in Flammen, weil man einander schon länger waffenstarr gegenüberstand und auf allen Seiten auf das Signal zum Losschlagen wartete.<<

Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x024/36-37): >>Über den anteiligen Grad der Kriegsschuld ließe sich lange debattieren. Fest steht, daß die vertragliche Fixierung der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg in erster Linie dem Zweck diene, die harten Friedensbedingungen zu rechtfertigen. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde sie als nationale Demütigung empfunden, die dem nationalistischen Radikalismus in verhängnisvoller Weise die Türen öffnete. ...<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen im-

mer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.

... Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingepägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. ...

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

Der Schriftsteller Karl Bruno Leder schreibt später in seinem Buch "Nie wieder Krieg?" über

die Entstehung von Kriegen (x024/45-46): >>... Krieg und Frieden auf der Welt hängen von der subjektiven Gefühlslage der Nationen ab.

Fühlt sich eine Nation in ihrem Selbstwertgefühl entscheidend verletzt, so wird sie nicht ruhen, bis diese Kränkung aufgehoben und durch einen Triumph kompensiert ist. Je tiefer die Demütigung geht, je schwerer das Selbstwertgefühl verletzt ist, desto bedingungsloser wird der Drang nach dessen Rehabilitierung.

Einem Volk in solcher Lage kann man nicht kommen mit Bedenken und Einwänden; man kann ihm nicht einmal mit dem Untergang der Welt oder der Menschheit drohen.

Ein solches Volk ist ohnehin bereit, auch den eigenen Untergang einzukalkulieren; was soll ihm da der Untergang der Menschheit! Im Gegenteil: Diese Aussicht stellt eher eine heimliche Verlockung dar; damit kann man die anderen Völker erpressen: Sollen sie gefälligst Partei ergreifen, und zwar die des Gedeemtigten, wenn sie Katastrophen vermeiden wollen! Man denke etwa an die Vietnamesen; auf sie hätte auch eine Drohung mit der Atombombe keinen Eindruck gemacht. ... Dasselbe gilt für die Palästinenser und für viele andere Beispiele.

Das alte Wort "lieber tot als Sklav" drückt am eindeutigsten das subjektive Bewußtsein eines gedemütigten Volkes aus. Gegen dieses Wort kann man nicht rational argumentieren.<<

Der deutsche Historiker Jan von Flocken schreibt später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x319/80-81): >>... Das stolze, hochfahrende Deutschland sah sich 1919 als Paria (Ausgestoßener) unter den europäischen Nationen, verarmt und ausgeblutet durch die vier Jahre Krieg gegen eine übermächtige Koalition und deren Hungerblockade. Im Versailler Vertrag hatte man ein ganzes Volk schuldig gesprochen, ohne ihm die geringste Möglichkeit zur Verteidigung einzuräumen.

Der Kriegsschuldartikel 231 lud auf Deutschland die Bürde alleiniger Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Auf diesen Paragraphen stützten sich auch sämtliche unsinnig hohen Reparationsforderungen von zunächst 226 Milliarden Reichsmark.

Derartige ökonomische Unvernunft fand ihre Ergänzung durch politisch-moralischen Irrsinn. Frankreich verabreichte seinem Nachbarn eine Ohrfeige nach der anderen, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes 1923 war der Höhepunkt. Ost-Oberschlesien mit Kattowitz wurde von Deutschland getrennt, obwohl sich 60 Prozent der Einwohner in einer Volksabstimmung dagegen erklärt hatten.

In Westpreußen, Memelland und der Provinz Posen fragte man die Bevölkerung sicherheits halber gar nicht erst und schlug das Gebiet den Polen und Litauern zu. Danzig wurde zum anachronistischen Gebilde einer "Freien Stadt". Es ergab sich die einmalig groteske Situation, daß Deutschland aus zwei voneinander isolierten Teilen bestand. Ostpreußen als Insel mitten im polnischen Ländermeer. Konflikte waren dadurch schon vorprogrammiert.

Was der SPD-Vorsitzende und Reichspräsident Friedrich Ebert über den "Gewaltfrieden von Versailles im Mai 1919 sagte, sollte manchem sozialdemokratisch angehauchten Historiker in den Ohren klingen: "Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen". Der Mann war ein Prophet.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die Schuld Klausel des Versailler Vertrages (x063/478): >>... Daß ... die Schuld Klausel des Versailler Vertrages, der Artikel 231, ein Fehlurteil gegen besseres Wissen war, stand allgemein fest, als die Untaten des Nationalsozialismus und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die klare Sachlage wie mit rückwirkender Kraft wieder zu verschleiern begannen.

Daß der Erste Weltkrieg auch nicht ein Kampf um sittliche Grundsätze, etwa der Demokratie gegen die Autokratie (unumschränkte Alleinherrschaft) war, hat sich in der gebildeten englischen und amerikanischen Welt seit Jahren durchgesetzt. ...

Rußland und die Kriegspartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch konnten die poli-

tischen Ziele im Westen nur durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei verwirklichen. Der Weg nach Konstantinopel und zur Herrschaft über die slawische Welt, führte, wie der russische Kronrat vom 21. Februar 1914 feststellte, zwingend über den europäischen Krieg.

Der nie erloschene Revanchewille in Frankreich begrüßte einen solchen Krieg, der die Hoffnung auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen vor Augen stellte.

Nach der Ermordung des Thronfolgers gewannen die Kräfte in der österreichischen Regierung, die auf Abrechnung mit Serbien drängten, notwendigerweise die Oberhand. Aber man hoffte auf einen "lokalisierten" Konflikt und war überzeugt, daß Rußland, wenn man nicht sofort mit äußerster Entschiedenheit vorgehe, Serbien schließlich zu Hilfe kommen werde. Sidney B. Fay schreibt dazu: "Österreich wußte, daß Rußland mit jedem Jahre stärker wurde, bezweifelte aber, daß die Rüstungen des Zaren schon so weit waren, daß Rußland es wagen würde einzugreifen ..." <<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x313/301-307): >>... Es stellt eine immense intellektuelle Herausforderung dar, die wirklichen Ursachen des Ersten Weltkrieges zu benennen. Bereits die brilliantesten Geschichtswissenschaftler und schärfsten Analytikern haben sich an dieser Aufgabe bereits versucht und sich regelmäßig die Zähne ausgebissen.

Trotzdem ist es ihnen unseres Erachtens nicht gelungen, die wahren Ursachen für diesen "Krieg, der alle Kriege beenden sollte", herauszufinden, eine zugegebenermaßen kühne Behauptung, die jedoch allein durch die Tatsache erhärtet wird, daß danach noch viel mehr Kriege tobten. ...

Im Schnelldurchgang stellt sich der Erste Weltkrieg, von den Franzosen "Grand Guerre" genannt und von den Engländern und Amerikanern "Great War" wie folgt dar:

Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn (und später die Türkei und Bulgarien) kämpften gegen Frankreich, Großbritannien, Rußland und Serbien (und später zudem gegen Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Griechenland, Italien, Japan, Liberia, Panama, Persien, Peru, Portugal, Rumänien, Uruguay, die USA und noch ein paar Staaten mehr). ...

Am Ende des Ersten Weltkrieges befanden sich 25 Staaten und deren Kolonien mit insgesamt 1,35 Milliarden Menschen ... im Kriegszustand.

Nie hatte der Planet zuvor einen solchen Materialeinsatz von Panzern, Flugzeugen und Massenvernichtungswaffen gesehen. Das Maschinengewehr spielte erstmals eine entscheidende Rolle, denn selbst die eigentlich unterlegenen Verteidiger konnten damit leicht eine Stellung halten.

Das Ergebnis war, daß sich Soldaten zu Hunderttausenden gegenseitig an den Fronten abschlachteten. Es handelte sich um die größte Vernichtungssorgie, die die Welt bislang gesehen hatte.

Das Ergebnis in dürren Zahlen:

Deutschland bezahlte mit rund 2 Millionen getöteten Soldaten, Österreich-Ungarn mit rund 1 Million und die Türkei mit etwa 300.000.

In Rußland verloren circa 2 Millionen Soldaten das Leben, Frankreich und Großbritannien bezahlten mit je etwas über 1 Million und Italien mit rund 0,6 Millionen. Die USA beklagte 100.000 getötete Soldaten. Die Toten in der Zivilbevölkerung werden auf insgesamt 0,5 Millionen geschätzt. Die Gesamtverluste weltweit beziffern Statistiker auf rund 10 Millionen Tote. ...

Wer also war für diese Katastrophe verantwortlich? Wer war wirklich verantwortlich? ... Wie fing eigentlich alles an?

Österreich-Ungarn, der Vielvölkerstaat, an dessen Spitze der Habsburger Kaiser Franz Joseph

stand, sah sich vor dem Krieg beträchtlichen Problemen ausgesetzt. Die verschiedenen Nationalitäten in seinem Staat strebten nach mehr Eigenständigkeit oder sogar Unabhängigkeit - besonders die Tschechen, die Kroaten, die Ungarn und die Serben.

Immerhin gab es auch Lichtblicke für Franz Joseph: Deutschland mit seinem Kaiser Wilhelm II. an der Spitze hatte sich in einem Zweibundvertrag gegenüber Franz-Joseph verpflichtet, im Falle eines russischen Angriffs Österreich-Ungarn Waffenhilfe zu leisten.

Ausgelöst wurde der Erste Weltkrieg wie folgt:

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, sowie seine Gemahlin in Sarajewo (Sarajewo = heute in Bosnien/Herzegowina gelegene Stadt) ermordet. Kaiser Franz-Joseph fühlte sich zum Handeln gezwungen. Bald schon zeigte sich nämlich, daß hinter dem Anschlag die Serben steckten. Man rückversicherte sich erneut der Bündnistreue der Deutschen und entschloß sich, nicht nur der serbischen Bewegung auf österreichischem Boden einen Riegel vorzuschieben, sondern gleichzeitig auch den Staat Serbien unter österreichische Kontrolle zu bringen.

Die Österreicher stellten Serbien umgehend ein Ultimatum und forderten, auf die österreichfeindlichen Umtriebe zu verzichten; außerdem zweifelte man die Souveränität Serbiens an. Serbien seinerseits rückversicherte sich eilig, ob Rußland ihm zur Seite stehen würde. Die Russen nickten und versicherten sich ihrerseits, daß die Franzosen mit ihnen gegen den gemeinsamen Feind (Deutschland und Österreich-Ungarn) kämpfen würden.

Überall wurde nun mobil gemacht: in Serbien, in Österreich, in Rußland, in Frankreich, in Deutschland und sogar in England. (England hatte Frankreich versprochen, im Kriegsfall den Norden Frankreichs zu schützen.) Trotzdem gab es zunächst noch einige Vermittlungsversuche:

- Die Franzosen versuchten, auf diplomatischem Parkett mäßigend auf die beiden Streithähne (Serbien und Österreich) einzuwirken.

- In London versuchte der englische Außenminister Grey zu vermitteln.

- Kaiser Wilhelm II. in Deutschland bemühte sich, auf den österreichischen Kaiser einzuwirken und das Faß nicht überlaufen zu lassen. Auch sein Kanzler Bethmann Hollweg versuchte, die Österreicher aus dem Krieg wieder herauszureißen.

Aber es war bereits zu spät. Die Österreicher ließen sich nicht beruhigen, und die Serben wußten Rußland auf ihrer Seite.

Der Krieg begann. ...

Wer war für diesen Krieg wirklich verantwortlich?

Folgende Antworten sind darauf von Historikern gegeben worden:

- Verantwortlich waren in erster Linie die Serben und die Österreicher; denn sie entfachten den Weltbrand. Hätte einer von beiden nachgegeben, wäre der Krieg vermieden worden.

- Hätte Rußland sich jedoch nicht hinter Serbien gestellt, wäre der Weltbrand ebenfalls nicht ausgebrochen, der Krieg wäre lokal begrenzt geblieben und hätte nicht viel Schaden angerichtet. Aber der Zar fürchtete die Revolution im eigenen Land. Sein Außenminister Sasonow versuchte, den Krieg zu verhindern, aber die russischen Militärs rieten zum Krieg. Der Zar glaubte, zwischen einer Revolution im eigenen Land und dem Krieg gegen Deutschland/Österreich wählen zu müssen, und entschied sich für den Krieg.

- In Deutschland versuchte Bethmann Hollweg verzweifelt, die Österreicher zum Einlenken zu bewegen. Aber die Militärs, an ihrer Spitze Moltke, rieten dem deutschen Kaiser Wilhelm II., sich auf keine Vermittlungsversuche einzulassen. Die militärische Führung war Bethmann Hollweg in Deutschland nicht untergeordnet (wie das in anderen Ländern der Fall war). So gab der deutsche Kaiser Moltke schließlich nach.

Hätte Wilhelm II. die Österreicher energischer zur Mäßigung gerufen oder sogar das Bündnis mit ihnen in Frage gestellt, wäre der Weltkrieg ebenfalls vermieden worden. Aber das Gegen-

teil geschah: Rußland wurde ein Ultimatum gestellt, die Mobilmachung gegen Deutschland und Österreich sofort rückgängig zu machen. Da keine Antwort auf das Ultimatum erfolgte, erklärte Deutschland Rußland den Krieg.

- Wie stand es nun um Frankreich? Frankreich hatte sich lange Zeit in einer gewissen Isolation befunden, der Bund mit Rußland war für das Land enorm wichtig; man wollte die Russen also nicht im Regen stehen lassen. Zudem wollten militaristische Kreise Rache nehmen für den verlorenen Krieg gegen Deutschland im Jahre 1870/1871. Elsaß-Lothringen sollte wieder französisch werden.

Die Franzosen ärgerten sich noch immer über den infamen Bismarck, es gelüstete sie nach Rache. Außerdem wollte man die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Festland brechen, ganz davon abgesehen, daß man auch eine bestimmte Kolonialpolitik verfolgte. Immerhin: Hätte Frankreich den Russen zu verstehen gegeben, daß es Deutschland nicht angreifen würde, wäre der Erste Weltkrieg vielleicht noch zwei Minuten vor Zwölf vermieden worden.

- England, das zugesagt hatte, die Nordküste Frankreichs zu sichern, stellte Bethmann Hollweg seinerseits ein Ultimatum; Deutschland sollte zusichern, die belgische Neutralität zu sichern. Aber Deutschland plante längst, über Belgien Frankreich anzugreifen. Hätte England zu verstehen gegeben, daß es sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen würde, wäre der Weltkrieg möglicherweise ebenfalls verhindert worden.

Aber den englischen Militaristen war die Aufrüstung Deutschlands ein Dorn im Auge, speziell der Schiffsbau in Deutschland wurde argwöhnisch beobachtet. Die maritime Überlegenheit Englands schien durch Deutschland gefährdet zu sein. Von vielen Historikern wurde dieser Umstand sogar als Hauptgrund für den Ersten Weltkrieg genannt. Die Briten fürchteten jedenfalls um ihre Vorherrschaft zur See. ...

Was also die Kriegsschuldfrage angeht, so urteilen die meisten Historiker heute so:

"Man braucht keinem historischen Fatalismus zu huldigen, um zu sehen, wie sehr die Zeit auf den Krieg hindrängte und wie gering die Spanne der Entscheidungsfreiheit die beteiligten Staatsmänner war. Lag es am Ungeschick der Beteiligten? Keiner der Verantwortlichen war ein Staatsmann von großem Format ..."

Andere urteilten noch deutlicher: Niemand habe wirklich den Krieg gewollt, alle Staatsmänner seien gewissermaßen in ihn hineingestolpert. Keiner habe den Ersten Weltkrieg gewünscht, aber es sei nicht hart genug daran gearbeitet worden, ihn zu verhindern, er habe geradezu aus Versehen stattgefunden ...

Am Schluß einigten sich die Historiker wieder einmal darauf, daß "die Zeit" für diesen Krieg reif gewesen sei. Die Luft habe geknistert, Europa hätte einem Pulverfaß geglichen, das so oder so früher oder später in die Luft geflogen wäre. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 27. Juni 2019) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/...): >>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von *Cyril Moog*

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des

Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.

Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.

Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".

Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.

Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.

Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*

Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. ...

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß

die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.

Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgeglichener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.

Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*

Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.

Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.

1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.

Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären.

Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.

Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908

nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besatzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen

müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.

Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.

Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panlawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.

Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.

Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswachsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinteres Licht geführt.

Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.

Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgezogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.

Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.

Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris

nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamts in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.

So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "Wie", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? ... Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.

Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.

Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verlässliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.

Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.

Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.

Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen wür-

de, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte"*.

Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.

Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.

Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."

Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.

Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagen von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. *"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*

Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.

Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu

haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarren des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.

Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.

Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer *"historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft *"das tiefe Streben verlangt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen"*, daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, *"alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.

Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?

Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.

Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.

Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.

... Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.

Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* ... <<

Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges

Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verlor Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmten durch den Ersten Weltkrieg. England und Frankreich waren ebenfalls hochverschuldet und kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen (außer Saudi-Arabien: dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche) im Nahen Osten ausbeuten durfte.

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner

der traditionellen europäischen Kapitalexporthäuser (Deutsches Reich, Frankreich und England) waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger." Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte.

Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden (nur Sowjet-Rußland lehnte alle Schuldentilgungen erfolgreich ab) übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte ("Bankier der Welt"). Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 (japanisch-chinesischer Krieg) strikt an der US-Isolationpolitik festhielten.

In den Nachkriegsjahren stieg die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagierten und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellten. Die US-Wirtschaft exportierte danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika (Kap bis Kairo) und Ostasien (Verbindung mit Indien). Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbstständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.

Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolonialreiches einen großen Gebietszuwachs.

Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands (Polen, Kleine Entente), gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutschland gegenüber zu verankern. ...<<

>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt (Öl, Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen). Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen (Kraftfahrzeuge, Film, Radio), die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand (Amerikanisierung der Wirtschaft und Technik). ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den größten Gewinner des Ersten Weltkrieges (x068/170-172, 200-202): >>... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...

Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufer der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.

Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im Schweiß seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.

Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.

Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.

Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.

Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.

Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufließen. ...

Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...

Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinahe – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnell allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill). ...<<

>>... Obwohl die USA als maßgebliche Weltmacht aus dem Krieg hervorgehen, haben sie während des ganzen folgenden Jahrzehnts kaum weltpolitische Ambitionen. Der Isolationismus herrscht vor, der Protektionismus. Man erhöht zugunsten der Industrie kräftig die Zolltarife und begrenzt die Einwanderung. Man sucht weder mit dem Völkerbund noch mit der Sowjetunion Kontakte. Ja, der neue Präsident Harding versichert bei seiner Amtseinführung, die USA wollten "keinen Anteil an der Lenkung der Geschicke der Welt ..."

Das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, "the Roaring Twenties", war in den USA einerseits eine Zeit der satten Selbstzufriedenheit und kruden Prosperität. Subventionen überschwemm-

ten die heimische Wirtschaft. Die Banken florierten, gewährten Kredite, "liberty bonds". Spekulationen begannen, die Preise stiegen steil, und die Verteuerung traf natürlich am härtesten die Arbeiter und die Armen. Andererseits waren diese Jahre, bedingt teils durch Umstellungsprobleme der Friedenswirtschaft, teils durch das Wachstum, die Verschlingungssucht geradezu der Konzerne, eine Epoche der Arbeitskämpfe, der Arbeitslosigkeit, der Preistreiberien und Korruptionsskandale. Die Werftarbeiter, die Stahlarbeiter, die Kohlenkumpel streikten noch 1919. Denn die Kriegsgewinne hatte natürlich nur eine verschwindend kleine Schicht gemacht - 1914 gab es 4.500 Dollar-Millionäre in den USA, 1920 waren es 11.000 -, die Masse besaß so wenig wie vor dem Krieg.

Der Wirtschaft aber ging es - einige weniger begünstigte Zweige (Textilindustrie, Kohlebergbau, Schiffbau) beiseite - glänzend. In den meisten Geschäftsbereichen herrschte Konjunktur, auch in den Banken, Versicherungen, Warenhausgesellschaften. Die Industrieproduktion verdoppelte sich fast zwischen 1921 und 1929 - alles andere als wunderbar.

Während des vierjährigen Blutbads in Europa hatte man enorm verdient, doppelt verdient sozusagen, ganz legal und illegal dazu, hatte das US-Kriegsministerium doch 18.501.117.899 Dollar für Rüstungsaufträge gezahlt und war dabei auch noch um sechs Milliarden von der US-Geschäftswelt geprellt worden.

Im Prozeß aber, der vier Jahre dauerte, gingen alle Angeklagten straffrei aus. Steckten ja die größten Firmen mit in dem Riesenbetrug. Und so mokierte sich Senator George W. Norris: "Warum bringen wir eigentlich kein Gesetz heraus, wonach jeder, der über mehr als hundert Millionen Dollar verfügt, nicht verurteilt werden kann?"

Doch der Staat hatte längst nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat in der Hand, was vieles zeigt, nicht nur die Ohnmacht der Justiz. Obwohl zum Beispiel die behördliche Lenkung der Wirtschaft, eine Art Staatssozialismus, während des Krieges florierte, wollten die maßgeblichen Industriekreise nun nichts mehr davon wissen.

Vergebens versuchte der Präsident, das War Industry Board als Industrial Board beizubehalten. Die Herren, die so selbstlos für einen Dollar pro Jahr im Kriegsindustrieamt die Millionen und Milliarden verteilt hatten, wollten nun keine Wirtschaftskontrolle mehr. Sie wollten zu Hause wieder auf die alte Weise wirtschaften. Und das taten sich auch: der Präsident mußte klein begeben. ...<<

Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtet am 2. Februar 2009 in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie ... unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. ...

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. ... Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. ... Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankenelite belastet. ...

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. ...

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankenelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik ge-

wonnen hat. ...<<

>>... Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. ...

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden ... und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. ...

Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.

Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.

Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinüberschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.

So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Eine-Welt-Regierung.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 26. Mai 2015): >>Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. ...

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. ...

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. ...

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien ...<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet später (am 9. Januar 2020) über die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland seit dem 19. Jahrhundert (x1.114/...):

>>**Die Zerstörung Deutschlands - Wie es den führenden Briten gelang, die Deutschen**

für sie kämpfen zu lassen

Ein Gastbeitrag von *Angelika Eberl*

"Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand ... In Wahrheit aber schrieben die Times und die Königin im Interesse von England, das mit dem unsern nichts gemein hat. Das Interesse Englands ist, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht, unser Interesse, daß wir mit ihm so gut stehen, als es der Sachlage nach möglich ist."

Otto von Bismarck, 7. April 1888

Das deutsche Volk ist umgeben von zahlreichen Nachbarvölkern. Ein deutscher Staat in der Mitte Europas hat somit das fundamentale Interesse, mit seinen Nachbarstaaten ein gutes Verhältnis zu pflegen, bis hin zu freundschaftlichen Bündnis-Beziehungen - auch und vor allem mit dem größten Nachbarn Rußland. Doch vor einem solchen freundschaftlichen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland hatte bereit 1904 der britische Geograph und Geostrategie Sir Halford Mackinder die Eliten Englands gewarnt.

Er sagte vor der Königlich Geographischen Gesellschaft:

"Die Neuordnung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des Drehpunktstaates (damit ist Rußland gemeint. A. E.), die seine Expansion über die am Rande gelegenen Staaten Eurasiens zur Folge hätte, würde den Einsatz seiner ungeheuren kontinentalen Ressourcen zum Flottenbau ermöglichen und ein Weltimperium hervorbringen. Dazu könnte es beispielsweise kommen, sollte Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingehen."

Keine andere Menschengruppe erscheint so geschickt in Diplomatie und Politik, wie die britische politische Oberschicht. Nicht von ungefähr hatte sie sich ein Weltreich erobert: das British Empire. In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie stets darin, dafür zu sorgen, daß kein übermächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. Großbritannien verbündete sich in einem solchen Fall mit den Zweitstärksten, um den allzu mächtig werdenden Staat einzudämmen. "Balance of Power" nannte man diese Politik - und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Eroberung ihrer Kolonien. Sie waren "Schachspieler" - sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären.

Gegenüber dem Geschick der britischen politischen Führenden waren und sind die Deutschen und ihre politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint. Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, daß, das was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignet sich das deutsche Volk hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, z.B. durch eine Politik, die sich aus Anregungen und "Geschenken" an die Deutschen zusammensetzte.

Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so daß es beschäftigt war und Großbritannien somit kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte.

Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag - und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Er hatte diese strategische Idee ursprünglich von William Pitt, dem Jüngeren: Preußen sollte neben Frankreich plaziert werden, um Letzteres, den traditionellen Rivalen Großbritanniens, in Schach zu halten.

Damals war Preußen den britischen Eliten also schon recht. Was ihnen allerdings nicht recht war, das war ein geschlossener deutschsprachiger Raum unter einem Staatsgebilde, also die sogenannte "großdeutsche Lösung." Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren Deutschland und Österreich enge Verbündete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Siegermächten verfügt, daß Deutschland und Österreich dauerhaft getrennt bleiben müssen.

Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann "bedacht": Auf dem Berliner Kongreß 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren. Österreich-Ungarn bekam damals zwar nur das Verwaltungsmandat - doch selbst das reichte aus, es dem Russischen Zarenreich zu entfremden. Und als der österreich-ungarische Außenminister Aehrenthal nach mannigfaltigen Manipulationen von britischer Seite und von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb, war der Bruch mit dem Zarenreich nicht mehr aufzuhalten.

Österreich-Ungarn galt fortan als "bedrohlich-aggressive" Macht, und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfristige Manipulation geglückt.

Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls von einem Mitglied der britischen Elite ein "Floh ins Ohr" gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Super-Imperialist Cecil Rhodes, der ihm während einer persönlichen Unterredung vermittelte, daß auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: "Mesopotamien, der Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft."

Er müsse schließlich "den Landweg nach Indien" bauen. Rhodes selbst stachelte den naiven Kaiser sozusagen zu einem expansiven Programm an - und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den "expansiven" Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn gegen ihn in den Krieg.

Auch beim Boxeraufstand 1899 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: "The Germans to the front." Wahrscheinlich fand er, daß das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das British Empire hingegen hatte allein zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt, den Zulukrieg (1879), den Ersten Burenkrieg (1880/81), den Anglo-Ägyptischen Krieg (1882), den Mahdi-Aufstand (1881-1898), die Gordon Relief Expedition (1884/85), den Britisch-Sansibarischen Krieg (1896), den Zweiten Matabelekrieg (1896) und den Malakand Field Force (1897).

Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war praktisch die Presse-Hauptstadt des Empire. Die Zeitung "The Saturday Review" brachte zum Beispiel in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus. Am 11.9.1897 endete ein Artikel mit dem Titel: "England and Germany" mit dem Aufruf: "Germania est delenda" - Deutschland muß zerstört werden.

Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse- Kampagnen in "The Times" und in der Empire-Zeitschrift "The Round Table", beides sehr wichtige Zeitungen, die Einfluß auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe der Zeitschrift "The Round Table" vom November 1910 beinhaltete einen gegen Deutschland gerichteten Propaganda-Artikel mit dem Titel "Anglo-German Rivalry".

Der Artikel erschien anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian. In diesem Artikel unterstellte er dem deutschen Kaiserreich "eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz anerkennt." Vom Britischen Empire hingegen schrieb er: "... das(britische) Empire ... ist kein Imperium, sondern ein Regierungssystem, das einem Viertel der Menschheit Frieden und Hunderten von Millionen rückständiger Völker eine bessere Regierung gibt, als sie auf andere Weise bekommen könnten ..."

Diese antideutsche Propaganda von damals wirkt bis heute.

Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das Deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch bis in das 19. Jahrhundert hinein Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte? Wo hatte der neue, außenpolitische Kurs seine Wurzeln?

Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien

Es war im Jahr 1885, da überlegte sich Lord Salisbury, der aus der einflußreichen Cecil-Familie stammte, wie der damalige Rivale des British Empire, das Russische Zarenreich, in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien, die heute, mehr als hundert Jahre später, alle zur Anwendung gekommen sind:

1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen,
2. Wiederbelebung des Islams an Rußlands Rändern,
3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.

Doch obgleich er Rußland als eigentlichen imperialen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs ansah, ging es Lord Salisbury zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland voranzutreiben, dem sich dann später auch England in einer lockeren "Entente" anschließen würde.

Lord Salisbury sah Staaten ebenfalls als Figuren auf einem Schachbrett an - und er fand höchstrangige, unterstützende "Mitspieler": Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII., und - den russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, dessen Rolle bei der "Schaffung der österreichischen Bedrohung" oben schon erwähnt wurde.

Wie ging Salisbury vor: Anfang 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Ententepolitik, wobei die Frage entstand, wie man Rußland und Frankreich einander annähern könnte.

Bei dieser Annäherung spielte der Heilige Stuhl (!) eine wichtige Rolle: Ein enger Freund von Lord Salisbury, der katholische Herzog von Norfolk, reiste nach Rom und berichtete Papst Leo XIII. von den Bündnisplänen. Es kam daraufhin zu einem Politikwechsel des Heiligen Stuhls, indem Papst Leo XIII. den französischen Katholiken befahl, sich der laizistischen französischen Republik zu fügen.

Den polnischen Katholiken wiederum befahl er, sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft zu fügen. So arbeitete er daran, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu ermöglichen - unterstützt vom russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, der ab 1888 Botschafter Rußlands (!) am Heiligen Stuhl wurde.

Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903 einen "Überraschungsbesuch" in Paris und leitete damit die "Entente Cordiale" ein, das "herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich. ...

Zerstörungstechniken

- Man kreiste Deutschland und Österreich-Ungarn ein und lockte Deutschland in einen Drei-Fronten-Krieg.

- Man zerstückelte das Gebiet des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns in machtlose kleine Staaten, in denen die Deutschen und viele andere Völkerschaften zu diskriminierten Minderheiten wurden.

- Man drückte dem besiegten Deutschland irrsinnig hohe Reparationszahlungen auf.

- Man suchte einen "hervorragenden Demagogen", den man mit heimlichen Spenden, geheimdienstlicher Förderung und durch eine künstlich herbeigeführte Weltwirtschaftskrise auf den Posten des deutschen Reichskanzlers hieven half. Dann sorgte man durch Kredite, Propaganda und Appeasement dafür, daß er zunächst auf unblutige Weise außenpolitische Erfolge haben konnte. Danach lockte man ihn in eine Falle und schlug wieder mit einer weltweiten Bündnis-koalition zu, um Deutschland endgültig zu entmachten, zu dezimieren und zu helotisieren.

- Nach dem endgültigen Sieg und der dauerhaften Besetzung Deutschlands ließ man die Deutschen, zunächst in Westdeutschland, eine föderale Demokratie errichten, sorgte aber dafür, daß die Bundeskanzler und die wichtigsten Regierungspolitiker stramme Transatlantiker waren und sind und die Interessen der angloamerikanischen Kreise vertraten und immer noch

vertreten.

Gleichzeitig suggerierte man den Deutschen, daß man es gut mit ihnen meine und ein guter Freund sei. Heute suggeriert man diesen deutschen Eliten, daß sie frei seien und zum Westen gehören und daß sie sich somit auch verhalten dürften, wie westliche Staaten. Und ein westlicher Staat müsse sich selbst verteidigen können.

- Durch Umerziehung, Indoktrination und Einflößen von Schuldgefühlen sorgt man dafür, daß das deutsche Volk sich selbst und seine großen Geister verabscheut. Man suggeriert ihm, daß das Böse in ihm stecke und daß es daher nie mehr "Alleingänge" machen dürfe, sondern praktisch immer unter der Kontrolle (Vormundschaft) der Angloamerikaner gehalten werden müsse.

Die Implantierung eines bösen Diktators zur dauerhaften Diskreditierung

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet "Mein Kampf" den Briten angedient haben. Auf Seite 697 heiße es in "Mein Kampf": "Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt." Hitler machte klar, daß er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt:

"Der Schlüssel zum Erfolg für das schwache und zerschlagene Deutschland ist das Bündnis mit den Siegermächten, weil sie an seiner weiteren Schwächung nicht interessiert sind! An dieser Stelle habe ich es begriffen: Nicht für die deutschen Bürger, ... nicht für die wohlgenährten SA-Leute und nicht für die ... SS hat Adolf Hitler sein Buch geschrieben. Die Seiten seines Buches 'Mein Kampf' gaben ihm die hervorragende Möglichkeit, sich an den Herrscher der damaligen Welt - an die Briten - zu wenden, um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten."

Und auf S. 61 schreibt Starikov: "Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einen derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?"

Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes (?) Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler unterstützte, indem er ihm z.B. ihm im März 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar gab, was in der damals galoppierende Inflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den "Völkischen Beobachter", so daß ihr Propagandablatt künftig großformatig und täglich erscheinen konnte.

Des weiteren engagierte Hanfstaengl einen Karikaturisten dafür und gab Ratschläge für die Gestaltung des Blattes. Er beriet Hitler auch bei der Auswahl der Melodie von Marschmusik und komponierte selbst einige davon für die SA. Starikov beschreibt auch, wie Hanfstaengl sich für Hitlers Bücherregal eingehend interessierte. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen "Führer" zu sammeln.

Hier könnte das Motiv liegen, weshalb Montague Norman, der Chef der Bank of England, die Union Banking Corporation in New York und die Harriman-Clique, die Rockefeller-Verbindungen, die Chase-Bank, die britischen Appeaser um Philip Kerr und andere anglo-amerikanische Gruppen den Nazismus politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützten und ihm somit halfen, auch militärisch wieder hochzurüsten, wie es Historiker in ihren Werken darlegen, z.B. Antony Sutton in "Wall Street und der Aufstieg Hitlers" und in "America's Secret Establishment - An Introduction to the Order of Skull & Bones" und Guido Giacomo Preparata in "Wer Hitler mächtig machte", Gian Trepp in "Bankgeschäfte mit dem Feind" und Andrea Bosco in "The Round Table Movement and the Fall of the "Second" British Empire".

Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, daß die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis

geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineingetappt sind. Diese Fallen waren Teil des herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als "Rammbock" gegen die Sowjetunion zu benutzen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten - und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen. ...<<

15.11.1931

Frankreich: Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellen am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

Siegeszug der Diktaturen in Europa

1919

Europa: Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich (Versailles: 1919), mit Österreich (Saint Germain-en-Laye: 1919), mit Bulgarien (Neully: 1919), mit Ungarn (Trianon: 1920) und mit dem Osmanischen Reich (Sèvres: 1920) veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Julius Leber erklärte im Jahre 1925, daß die Pariser Vorortfriedensverträge den Zustand Europas nicht bessern, sondern die europäische Krankheit - den Nationalismus - sicherlich in ein chronisches Leiden verwandeln würden (x084/117).

Angesichts dieser historischen Tatsachen muß der Zweite Weltkrieg grundsätzlich im inneren Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den verhängnisvollen Friedensverträgen von 1919/20 gesehen werden.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die Besiegten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.

Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund - errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens - erwies sich damals ... (am) Anfang als Instrument der

Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte.

Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen. Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.

Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppieren, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<< Planmäßige Verdrängungskämpfe in Ost-Mitteleuropa

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es eigentlich nur in Österreich-Ungarn erhebliche Schwierigkeiten mit den radikalen slawischen Nationalisten. Die überwiegende Mehrheit der ethnischen Minderheiten lebte bis zum Ersten Weltkrieg verhältnismäßig friedlich, ohne größere Probleme, zusammen. In den neuen slawischen Nachfolgestaaten, die naturgemäß Frankreichs Verbündete gegen das Deutsche Reich wurden, erschwerte besonders der ausgeprägte slawische Nationalismus ein entspanntes, friedfertiges Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten.

Bei der Neuordnung Ost-Mitteleuropas wurden die völkerrechtlichen Grundsätze der Selbstbestimmung meistens nicht beachtet, sondern vielerorts zum Nachteil der Besiegten angewandt. Infolge der willkürlichen Grenzziehungen wurden vielfach die unterschiedlichsten Volksgruppen zusammengefaßt, so daß sich schon bald überall rücksichtslose Verdrängungskämpfe entwickelten.

Als die Deutschen in Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien, im Buchenland (Bukowina), im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, Ungarn und in Jugoslawien urplötzlich den Schutz des Deutschen Reiches oder Österreich-Ungarns verloren, waren sie den neuen slawischen Landesherren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

In den neuen Staaten nutzten die Regierungen jedes erfolversprechende Druckmittel, um alle Deutschen, die größtenteils seit Jahrhunderten wirtschaftlich und kulturell mit dem Deutschen Reich oder Österreich verbunden waren, fast völlig von ihren Heimatländern zu isolieren.

In Polen und in der Tschechoslowakei verzichtete man in den ersten Jahren noch bewußt auf gewaltsame Masseneinteignungen und Vertreibungen der deutschen Minderheiten, denn nach den damaligen völkerrechtlichen Grundsätzen und Verträgen mußten hohe Entschädigungszahlungen an die Vertriebenen geleistet werden.

Aufgrund der z.T. jahrhundertelangen gemeinsamen Vergangenheit, die nicht selten äußerst tragisch verlaufen war, bestand zwischen den Slawen und Deutschen meistens kein freundschaftliches, sondern vielmehr ein ausgesprochen spannungsgeladenes Verhältnis. Während der langen russisch-deutsch-österreichischen Fremdherrschaft (1772, 1793 und 1795-1918) hatte sich vor allem in Polen ein stark ausgeprägtes bzw. übersteigertes slawisches Nationalgefühl entwickelt.

Obgleich während der gesamten deutschen Fremdherrschaft Polen und deutsche Ostsiedler eigentlich relativ friedlich zusammen gelebt hatten, herrschte gegenüber den deutschen Minderheiten nicht selten eine feindliche, haßerfüllte Stimmung. Trotz alledem akzeptierte und duldete die Mehrheit der Polen ihre deutschen Nachbarn, die seit Generationen die polnische Sprache beherrschten.

Die Abneigung der Slawen hatte jedoch nicht nur nationale oder historische Ursachen. Oftmals ging es bei den späteren Auseinandersetzungen vor allem nur um wirtschaftliche, soziale

oder religiöse Gründe. Naturgemäß sorgten auch die gegensätzlichen Eigenschaften, Sitten und Bräuche der Völker ständig für Probleme. Die Volksdeutschen und die Juden gehörten meistens der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht an. Infolge dieser vielfältigen Unterschiede herrschte in fast allen Ländern Ost-Mitteleuropa eine ausgeprägte antideutsche und antijüdische Stimmung.

Besonders unter den Volksdeutschen in Polen, die vielfach schon vor dem Ersten Weltkrieg durch aggressive polnische Nachbarn und fanatische Nationalisten bedroht worden waren, breitete sich zusehends trostlose Orientierungslosigkeit, panische Angst, Wut oder Verzweiflung aus. In Jener Zeit wehrte sich die deutsche Minderheit fast ausschließlich mit friedlichen Mitteln gegen die völkerrechtswidrigen Unterdrückungsmaßnahmen (Ausnahmen: Verzweiflungstaten von einzelnen Volksdeutschen). In den Jahren 1919-34 schrieben die Volksdeutschen Tausende von Petitionen an den Völkerbund (x028/28-29).

Der Völkerbund (1919 von den Entente-Mächten gegründet) war damals praktisch handlungsunfähig, weil jeder belastete Mitgliedstaat (wie z.B. Polen, Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien) sein Vetorecht geltend machen konnte. Die Beschwerden der nationalen Minderheiten wurden deshalb größtenteils überhaupt nicht bearbeitet, sondern lediglich "abgelegt".

Obwohl die Tschechen in Österreich-Ungarn traditionell großzügige Vorrechte und eine gewisse Unabhängigkeit erhalten hatten, gewährten sie den Deutschen nach Gründung der Tschechoslowakei grundsätzlich keine Freiheiten. Für die neuen slawischen Regierungen waren die Deutschen keine gleichberechtigten Staatsbürger, sondern in erster Linie wichtige Arbeitskräfte.

In allen neuen Staaten sollten die nationalen Minderheiten zwar offiziell wie gleichberechtigte Einwohner behandelt und eingegliedert werden, aber meistens strebte man mittel- und langfristige eine radikale "Entdeutschung" an. Der absolute slawische Herrschaftsanspruch duldeten keinen Widerspruch und mißachteten ständig alle vertraglich zugesicherten Minderheitsrechte. Die Deutschen und andere Minderheiten wurden überall rücksichtslos bekämpft, wenn sie sich nicht vollständig unterordneten.

Besonders wirkungsvolle Verdrängungsmaßnahmen waren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligungen, Belästigungen, Diskriminierungen und sonstige Schikanen, wie z.B. Verbot der deutschen Amtssprache, Beamtenentlassungen, Schulschließungen, Abschaffung des Erbrechts für Deutsche, Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung, erzwungene Übernahme der Staatsbürgerschaft, Zwangsenteignungen und Boykottmaßnahmen aller Art (x025/-42).

Dieser allgegenwärtige Terror machte den deutschen Minderheiten schwer zu schaffen. Hilflos und verbittert mußten die eingeschüchterten Volksdeutschen einsehen, daß vor allem die unerbittlichen Polen und Tschechen keine Gelegenheit ausließen, wenn es darum ging, die sogenannten Volksdeutschen zu erniedrigen und zu schikanieren. Angesichts dieser feindlichen Grundeinstellung war nach dem Ersten Weltkrieg ein friedliches Zusammenleben fast unmöglich.

Völkergemisch in Südosteuropa

Infolge der willkürlichen Grenzziehungen verschärften sich nach dem Ersten Weltkrieg auch in Süd-Osteuropa die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Behörden und den nationalen Minderheiten. Es herrschte überall eine äußerst angespannte Lage. Alle ethnischen Minderheiten, auch die Volksdeutschen, die man in Süd-Osteuropa allgemein als Schwaben bezeichnete, obwohl sie ursprünglich aus fast allen Gebieten Deutschlands stammten, wehrten sich energisch gegen jede Art von Entdeutschung und verteidigten ihr Volkstum und ihre Kultur.

In Jugoslawien, Ungarn und Rumänien lebten die verschiedensten Völker mit den unter-

schiedlichsten Glaubensbekenntnissen (römisch-katholische, griechisch-katholische, griechisch-orthodoxe, protestantische, islamische und jüdische Konfessionen) dicht neben- und miteinander. Die deutschen Kinder konnten meistens in den verschiedensten Landessprachen fluchen und die Lieder der anderen Völker singen. Alle deutschen Volksgemeinschaften hielten damals auf Gedeih und Verderb zusammen. Trotz der großen Entfernungen blieb man überall mit dem deutschen Vaterland und dem deutschen Volk verbunden.

In Jugoslawien litten die Volksdeutschen besonders häufig unter vorsätzlichen Benachteiligungen und Schikanen. Viele Volksdeutsche waren den Serben, Rumänen und anderen Nationalitäten meistens wirtschaftlich überlegen, deshalb konnten manche Nachbarn vielfach nur mühsam Haß, Neid und Mißgunst verbergen. Fast niemand liebte die selbstbewußten Volksdeutschen, aber auf ihre wichtige Arbeitskraft wollten die Staaten nirgends verzichten.

Erst nach Hitlers Machtergreifung erhielten die Volksdeutschen plötzlich überall größere Freiheiten, denn danach fürchteten alle südosteuropäischen Staaten den mächtigen Nachbarn und wollten nach Möglichkeit jegliche Feindschaften mit dem NS-Reich vermeiden.

Die Volksdeutschen freuten sich natürlich über die jahrelang entbehrten und vermißten Freiheiten. Einige nachdenkliche Deutsche dachten aber bereits frühzeitig mit großer Sorge daran, daß man diese unfreiwilligen Zugeständnisse sicherlich irgendwann bezahlen mußte. Der radikale deutsche Nationalsozialismus breitete sich jedoch erst relativ spät in Süd-Osteuropa aus.

Deutsche Ostpolitik

10.03.1920

Deutsches Reich: Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 10. März 1920 an Professor Hoffmann, Wilhelmshaven, über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland (x1.142): >>Über die Notwendigkeit, mit Rußland eine Gemeinschaft zu finden, stimme ich mit Ihnen voll überein. Der Bolschewismus ist heute nur noch eine Fassade; in Wirklichkeit handelt es sich um eine straff oligarchisch regierte Agrar-Republik, die, wie ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten Bestand haben wird.

Es wird freilich lange dauern, bis Rußland so weit erstarkt, um uns wirtschaftliche Kompensationen zu gewähren ... Ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission (der "Studienkommission für Rußland") die erste und entscheidende Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden, denen diejenigen auf politischem Gebiet sich hoffentlich anschließen. ...<<

Dezember 1921

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau berichtet im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. ...<<

16.04.1922

Italien: Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schließt am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbaren, die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen finden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthält außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegs-

entschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen kann (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtet im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Rapallo-Vertrag" (x051/464): >>Rapallo-Vertrag, am 16.4.22 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. 4.-19.5.) in Rapallo (Norditalien) abgeschlossener Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern Rathenau und Tschitscherin.

Der Rapallo-Vertrag diente der Regelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf Erstattung ihrer Kriegskosten und der militärischen und zivilen Kriegsschäden, Deutschland außerdem auf die Erstattung des in der UdSSR verstaatlichten deutschen Vermögens, und vereinbarten, ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zu regeln und diplomatische und konsularische Beziehungen aufzunehmen.

Durch ein am 5.11.22 in Berlin geschlossenes Abkommen wurde der Rapallo-Vertrag auf die anderen sowjetischen Bundesstaaten ausgeweitet; am 31.1.23 wurde er in Berlin ratifiziert. Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.6.41 wurde der Rapallo-Vertrag außer Kraft gesetzt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 10. März 2022) über den Vertrag von Rapallo: >>**Der Geist von Rapallo: Realpolitik mit Moskau statt Sklave der Westmächte**

Walther Rathenau ermöglichte 1922 Deutschland einen Weg aus der Umklammerung durch die Westmächte und schloß überraschend ein Bündnis mit Sowjetrußland. ...

_ von *Rolf Stolz*

Als am 16. April 1922 im Badeort Rapallo am Rande der Finanz- und Wirtschaftskonferenz von Genua das Deutsche Reich und die Vertreter der - offiziell erst ein halbes Jahr später gegründeten - Sowjetunion überraschend einen Vertrag schlossen, fanden sich zwei weltpolitisch Geächtete zusammen, die eine Zusammenarbeit vereinbarten und auf Reparationsforderungen verzichteten. Der von den beiden Außenministern Georgi Tschitscherin (1872-1936) und Walther Rathenau (1867-1922) unterzeichnete Vertrag brachte der sowjetischen Regierung erstmals völkerrechtliche Anerkennung und wertete sie international auf.

Auch das Deutsche Reich wurde in seiner schwierigen Position gegenüber den imperialistischen Westmächten gestärkt, die ihm und seinen Verbündeten im sogenannten "Friedensvertrag" von Versailles vom Juni 1919 die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zugeschoben hatten, um Annexionen zu rechtfertigen und räuberische Reparationen zu erpressen.

Der feige Mord

Zwei Monate nach dem Überraschungscoup von Rapallo war Walter Rathenau tot. Es bleibt eine vielleicht unlösbare, aber dennoch lohnende Aufgabe, nachzuforschen, ob es nicht bisher unbekannte Drahtzieher seiner Ermordung gab, die ganz andere Interessen hatten als die zur rechtsextremen Organisation Consul gehörenden Attentäter. Natürlich geschehen viele Dinge, ohne daß Geheimdienste ihre Finger im Spiel haben, aber eben nicht alle.

Die "Fememörder" - der Kieler Jurastudent und Ex-Marineoffizier Erwin Kern, am 17. Juli 1922 auf der Burg Saaleck von der Polizei erschossen, und der Chemnitzer Maschinenbauingenieur Hermann Fischer, der nach dem Tod Kerns Selbstmord beging - wollten, wie der an der Mordplanung beteiligte und deshalb zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Ernst von Salomon schrieb, eine "nationale Revolution" auslösen.

Aber auf den Tod des Mitbegründers der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Großindustriellen und einflußreichen Publizisten Rathenau hatten es auch noch andere Kräfte

abgesehen, und zwar aus gänzlich differenten Gründen. Bedenken muß man: Die gesamte nationalistische Rechte hatte den Vertrag von Rapallo ausdrücklich begrüßt. Zumindest ihre denkfähigen Vertreter wussten durchaus, daß Rathenau sich im Herbst 1918 gegen den Waffenstillstand gestellt und für eine Kriegsfortführung plädiert hatte, um stark genug zu sein, bessere Friedensbedingungen für die Mittelmächte zu erreichen.

Während der bestialisch-dumme deutsche Chauvinisten-Pöbel noch über das "Verrecken" der "Judensau" jubelte, rieben sich in den Chefetagen der Westmächte die maßgeblichen Leute die Hände, hatte doch mit dem Tod Rathenaus die ihnen gefährlich werdende deutsch-sowjetische Zusammenarbeit einen schweren Schlag erlitten.

Rathenaus Nachfolger

Aber anders als man in London, Paris, Washington und Warschau gehofft hatte, setzte Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1929), der "letzte Bismarckianer" und 1918/19 der erste demokratische Außenminister Deutschlands, das Werk Rathenaus fort. Im November 1922 wurde er Botschafter in Moskau und versuchte, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion aufzubauen, zugleich aber eine zu enge Anlehnung Deutschlands zu vermeiden, die unweigerlich den westlichen Druck auf die Weimarer Republik verstärkt hätte.

Die heimliche militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee lehnte er deshalb im Gegensatz zur Reichswehrführung ab. Er, der im Juni 1919 wegen des Versailler Vertrags, den er als "Verbrechen an Deutschland" bezeichnete, mit dem gesamten Kabinett Scheidemann zurückgetreten war, hatte stets versucht, mittels einer multilateralen Kooperations- und Bündnispolitik Auswege aus Deutschlands schwieriger Mittellage und seiner Ausplünderung durch die Westmächte zu finden. Der Abschluß des Berliner Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR am 24. April 1926 war im wesentlichen sein Verdienst.

Druck auf die Westmächte stieg an

Der Vertrag enthielt die Zusicherung Deutschlands, im Falle eines Krieges der Sowjetunion gegen einen Drittstaat neutral zu bleiben, was eine Intervention Frankreichs an der Seite Polens erheblich erschwert bzw. unwahrscheinlicher gemacht hätte. Der Berliner Vertrag setzte die Rapallo-Politik fort und bewies, daß Deutschland nach den sieben mit den westlichen Mächten und Italien geschlossenen Locarno-Verträgen vom Oktober 1925 weiter freundschaftlich mit der UdSSR zusammenarbeiten wollte. Diese Verträge waren überhaupt nur zustande gekommen, weil die deutsch-sowjetische Verständigung Druck auf die Westmächte ausübte, ihr Verhältnis zu Deutschland zu normalisieren.

Gustav Stresemann (1878-1929), der deutsche Außenminister und Architekt der Locarno-Verträge, sagte ganz zu Recht, daß er mit ihnen keine einseitige Westorientierung vertreten habe: "Ich habe nie mehr an unsern Osten gedacht als in der Zeit, wo ich mit dem Westen eine Verständigung suchte."

Drohung mit der Ruhrbesetzung

Sein Ziel war dabei, die Sowjetunion zu "mäßigen", zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein neutraler und fairer Vermittler zu sein und die Interessen der deutschen Minderheiten in Osteuropa zu wahren.

Deutschland, das vor 1918 eine eigenständige imperialistische Weltpolitik verfolgt hatte, war mit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine unterdrückte, von Annexionen betroffene Nation und ein teils okkupiertes Land. Die französisch-belgische Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs am 8. März 1921 war nur der Anfang einer Politik, die das industrielle Herz Deutschlands nach dem Vorbild des von 1920 bis 1935 abgetrennten Saargebietes Frankreich eingliedern wollte.

Es folgte am 5. Mai 1921 im Londoner Ultimatum die offene Androhung der Ruhrbesetzung, um den Zahlungsplan für 132 Milliarden Goldmark-Reparationen durchzudrücken, und schließlich die erst durch den Dawes-Plan beendete Besetzung des Ruhrgebiets und von

Teilen des Rheinlands zwischen Januar 1923 und August 1925 mit 137 Toten.

"Abgrund von Feindschaft und Konflikten"

Walter Rathenau hatte über den von den Mittelmächten am 3. März 1918 dem bolschewistischen Rußland diktierten Frieden von Brest-Litowsk sehr zutreffend geurteilt, durch ihn würde das kaiserliche Deutschland in "einem Abgrund von Feindschaft und Konflikten leben".

Genau das bewahrheitete sich - statt durch einen schnellen und gerechten Frieden alle Kräfte auf einen Sieg im Westen zu konzentrieren, verstrickten sich die Mittelmächte in den osteuropäischen Wirren und verschuldeten so das Scheitern ihrer Frühjahrsoffensive im Westen zwischen März und Juli 1918. Man hätte im eigenen Interesse das am 9. Dezember 1917 unterbreitete Angebot der russischen Delegation annehmen sollen, welches den Verzicht auf Annexionen und Reparationen, eine schnelle Räumung aller besetzten Gebiete und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker einschloß.

Das besetzte Deutschland

Auch wenn der Friede von Brest-Litowsk sich bei all seinen Fehlern und Fragwürdigkeiten ganz anders als der Versailler Vertrag im Wesentlichen am Selbstbestimmungsrecht der Völker orientierte (Unabhängigkeit von Litauen, der Ukraine und Georgien) und in vielem die heutige, von jahrzehntelanger russischer Unterdrückung befreite Gliederung des östlichen Europa vorwegnahm, steht er doch am Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung, die schließlich 1941 zum deutschen Krieg gegen die Sowjetunion führte, der in jedem Fall eine verhängnisvolle Idiotie und ein Verbrechen an beiden Ländern war.

Ganz im Gegensatz dazu stehen die Verträge von Rapallo 1922 und von Berlin 1926 in der großen Tradition deutsch-russischer Verbundenheit, wie sie seit Tauroggen 1812 bestand. Eine wesentliche Voraussetzung für den Vertrag von Rapallo bildete die von Frankreich seit 1919 betriebene Teilung Oberschlesiens, die im Juni 1922 zur Übergabe Ostoberschlesiens an Polen führte. In der Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Provinz vom 20. März 1921 hatten 59,4 Prozent für Deutschland und nur 40,6 Prozent für Polen gestimmt.

Auch viele polnische Schlesier hatten sich damals für Deutschland entschieden und sich damit zugleich gegen einen Staat gestellt, der durch seinen extremen Chauvinismus, seine zunächst erfolgreichen Eroberungszüge gen Osten, seine Diskriminierung aller religiösen Minderheiten (besonders der Juden und der polnischen Protestanten) und des nichtpolnischen Drittels der Bevölkerung (der Deutschen, Weißrussen, Litauer, Ukrainer) selbst ruinierte, bis schließlich unter dem Außenminister Józef Beck der Versuch, den Aufstieg Polens zur ostmitteleuropäischen Hegemonialmacht im Rahmen eines "neuen Europa von der Ostsee bis zur Adria" gewaltsam durchzusetzen, zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrug.<<

02.05.1922

Frankreich: Staatspräsident Raymond Poincaré informiert den französischen Botschafter in London am 2. Mai 1922 über den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (x243/31): >>...

Es liegt auf der Hand, daß ganz Deutschland ... darin den ersten Schritt zu einer engen Annäherung an Rußland sieht, die ihm helfen soll, die Westmächte in Schach zu halten und seine Revanche vorzubereiten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Raymond Poincaré (x051/447): >>Poincaré, Raymond, geboren in Bar-le-Duc (Lothringen) 20.8.1860, gestorben 15.10.1934 in Paris, französischer Politiker; 1887 nationalistischer Abgeordneter, mehrfach Minister, 1913-20 Präsident der Republik, 1922-24 und 1926-29 Ministerpräsident.

Poincaré war nach dem 1. Weltkrieg Februar - Mai 20 Vorsitzender der Reparationskommission und bestand kompromißlos auf Einlösung der deutschen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag. Mit seiner Politik der "produktiven Pfänder" provozierte er den Ruhrkampf und führte Frankreich in die Isolierung. Erst in seiner zweiten Amtszeit ließ er Briand mit sei-

ner Aussöhnungspolitik gewähren, blieb aber bei der deutschen nationalen Rechten einer der bestgehaßten französischen Politiker.<<

24.06.1922

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau (ein fähiger, unermüdlicher Staatsmann und begabter Wissenschaftler, der seit längerer Zeit von den Rechtradikalen als "Bolschewikenknecht" verunglimpft wird) fällt am 24. Juni 1922 einem Mordanschlag der rechtsradikalen "Organisation Consul" zum Opfer.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Walther Rathenau (x051/468):
>>Rathenau, Walther, geboren in Berlin 29. September 1867, gestorben in Berlin 24. Juni 1922, deutscher Industrieller und Politiker. Der Sohn des Großindustriellen Emil Rathenau wurde 1899 Vorstandsmitglied der AEG, war 1902-07 Inhaber der Berliner Handelsgesellschaft und ab 1915 Präsident der AEG. Im Ersten Weltkrieg baute er als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium die deutsche Kriegswirtschaft auf.

1918 vertrat er den Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung ("levée en masse"). Danach trat er der DDP bei, war Sachverständiger bei den Vorbereitungen des Friedensvertrages und 1920 Teilnehmer an der Konferenz von Spa. Im Kabinett Wirth saß Rathenau als Minister für Wiederaufbau, trat aber aus Protest gegen den alliierten Beschluß über die Teilung Oberschlesiens zurück.

Im Januar 22 war er deutscher Vertreter auf der Konferenz von Cannes und nahm als Außenminister der Regierung Wirth an der Weltwirtschaftskonferenz im April 22 in Genua teil, wo er den Vertrag von Rapallo unterzeichnete.

Deutsch-nationale Kreise bekämpften Rathenau wegen seiner Erfüllungspolitik und seiner jüdischen Herkunft. Er wurde von zwei rechtsradikalen Offizieren, Mitglieder des Geheimbundes Organisation Consul, in Berlin ermordet.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die rechtsradikale "Organisation Consul" (x051/431): >>Organisation Consul, nach Auflösung des Freikorps Marinebrigade Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch 1920 entstandene rechtsradikale Nachfolgeorganisation.

Die Organisation Consul hatte ausgesprochenen Geheimbundcharakter, gab sich eine radikal antirepublikanische Satzung und verlangte von den rund 5.000 Mitgliedern, meist ehemalige Offiziere, unbedingten Gehorsam: "Verräter verfallen der Feme!"

Unter dem Decknamen Consul Eichmann leitete Ehrhardt die Organisation Consul von München aus mit seinem Adjutanten Salomon, der mit anderen Organisationsmitgliedern den Mord an Rathenau organisierte. Auch Erzberger war ein Opfer der Organisation Consul, die 1922 durch Republikenschutzgesetz aufgelöst wurde, aber im "Bund Wiking" noch bis 1928 weiterbestand.

Die politischen Anschläge der Organisation Consul gegen Juden, Sozialdemokraten u.a. konnten mit der Sympathie der nationalen Rechten und Teilen des bürgerlichen Lagers rechnen, die Täter mit einer milden, weil parteiischen Justiz.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Hermann Ehrhardt (x051/140):
>>Ehrhardt, Hermann, geboren in Diersburg (Baden) 29.11.1881 gestorben in Brunn am Walde (Niederösterreich) 27.9.1971, deutscher Marineoffizier; gründete 1919 das Freikorps "Brigade Ehrhardt", das gegen kommunistische Aufstände eingesetzt wurde und unter der Losung "Schwarz-Rot-Gold unglaublich" am Kapp-Putsch teilnahm.

Nach Verhaftung und Flucht schuf Ehrhardt den rechtsradikalen Geheimbund Organisation Consul, aus dem die Mörder von Erzberger und Rathenau hervorgingen, und konspirierte vorwiegend im süddeutschen Raum mit anderen republikfeindlichen Gruppen, so auch der NSDAP. Hitler hielt er allerdings für einen Phantasten und sprach über ihn im Kasinoton zunächst nur als "dem Idioten". Nach erneuter Verhaftung und Flucht 1923 hielt er sich politisch zurück, seine Brigade wurde 1933 von der SS übernommen.

Nach der Röhme-Affäre ging er ins Ausland. Ab 1936 lebte er als Landwirt in Österreich.<<

17.11.1928

Deutsches Reich: General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtet am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tank- schule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg und die Besetzung des Ruhrgebietes

1919

Deutsches Reich: Nach dem Ersten Weltkrieg erreicht die deutsche Staatsverschuldung im Jahre 1919 über 137,2 Milliarden Mark und löst eine rasante Inflation aus. Die deutschen Kriegskosten betragen rund 165,0 Milliarden Goldmark (x074/1029). Die Kaufkraft der Mark beträgt Ende 1919 nur noch 10 % (1918 = 50 %).

Januar 1920

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Wäh- rung. Im Januar 1920 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

Januar 1921

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Wäh- rung. Im Januar 1921 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

08.03.1921

Deutsches Reich: Als die deutsche Regierung fällige Reparationszahlungen verweigert, be- setzen französische Truppen am 8. März 1921 die Häfen der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

11.05.1921

Deutsches Reich: Um die angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, stimmt die deutsche Regierung am 11. Mai 1921 dem Londoner Ultimatum zu. Die Politiker der deut- schen Regierung werden danach von den radikalen Parteien als "Erfüllungspolitiker" diffa- miert.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Auf- ständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts (Kapp) erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen (linkradikale Regierung Zeigner) sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putsch- versuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte (Hitlerputsch 9. November 1923).

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierig- keiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann auf 132 Milliar- den Mark festgesetzt worden (Londoner Ultimatum 1921). Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen.

Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deut- schen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliiert-

ter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen (Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth).

Um dieselbe Zeit begann der Währungsverfall (Mai 1921): 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland ein Moratorium (eine Stundung) beantragte. Es scheiterte an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen Rückständen in den deutschen Lieferungen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte (Ruhr-einfall).

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher (Erschießung Schlageters) und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links (Sachsen) und rechts (Bayern) gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs völlig zusammengebrochen war (November 1923: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark).

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermessliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

Juni 1921

Frankreich: Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärt im Juni 1921 (x340/202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. ... Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

Januar 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 97,8 % (x149/42).

Juli 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Juli 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 99,1 % (x149/42).

09.01.1923

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung protestiert am 9. Januar 1923 gegen die rücksichtslose französische Reparationspolitik und beantragt einen kurzfristigen Lieferungs- und Zahlungsaufschub, weil man die geforderten Reparationen nicht termingerecht leisten kann.

Da die alliierte Reparationskommission behauptet, daß die Deutschen "absichtlich" zu geringe Kohlelieferungen leisten würden, lehnt die französische Regierung die Fristverlängerung schließlich ab.

11.01.1923

Deutsches Reich: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen liefert

(Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später halten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagiert vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich bricht danach ein Sturm der Entrüstung los.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.

Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen war, überhaupt nicht zu zahlen (Kabinett Cuno), rang sich das französische Kabinett, nunmehr unter dem Vorsitz von Poincaré, dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.

Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.

Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.

Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.

Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.

Poincaré wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war.

So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden (die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen) über die Bildung einer Rheinischen Republik.

Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der

Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<

13.01.1923

Deutsches Reich: Nach der Besetzung des gesamten Ruhrgebietes verkündet Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verlassen Paris und Brüssel.

Im gesamten Ruhrgebiet versenkt man später z.B. Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengt Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen werden eingestellt.

Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kommen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängen außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/-204).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über den "Ruhrkampf" (x051/-504): >>Ruhrkampf, deutscher Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes am ... (11.1.23) durch französische und belgische Truppen unter dem Vorwand, Berlin sei mit seinen Reparationslieferungen (Holz, Telegrafpfähle, Kohle) im Rückstand (Politik der "produktiven Pfänder").

Der Ruhrkampf wurde von der Bevölkerung mehrheitlich als "passiver Widerstand" (Einstellung von Reparations- und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, Stilllegung von Gruben, Fabriken, Eisenbahnen), zum geringeren Teil auch mit aktiven Sabotagemaßnahmen (Versenkung von Binnenschiffen, Blockierung von Kanälen, Sprengung von Schienen) geführt und löste zeitweise sogar eine Aktionsgemeinschaft zwischen Nationalsozialisten (Schlageter) und Kommunisten (nationalkommunistischer "Schlageter-Kurs" unter Radek) aus.

Gegenterror, Repressalien und Ausweisungen seitens der Besatzungsmächte führten zu Haß und Verbitterung unter der Bevölkerung; die finanzielle Unterstützung des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose fallen (Inflation). Die Franzosen ermutigten separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz.

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren veranlaßten Reichskanzler Stresemann am 26.9.23 zum bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes; diese Entscheidung löste u.a. am 9.11.23 den Hitlerputsch aus.

Am Ende leitete aber die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik die Durchbrechung der internationalen moralischen Isolierung des Deutschen Reiches und die vermittelnde Tätigkeit Englands und der USA in der Reparationsfrage (Dawesplan) ein. Das Ruhrgebiet wurde bis zum Juli 25 wieder geräumt.<<

27.01.1923

Großbritannien: Britische Juristen kritisieren am 27. Januar 1923 die französisch-belgische Ruhrbesetzung (Verletzung des Versailler Friedensvertrages).

29.01.1923

Deutsches Reich: Der französische General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) ordnet am 29. Januar 1923 im besetzten Ruhrgebiet den "verschärften Belagerungszustand" an.

31.01.1923

Deutsches Reich: Ein belgisches Kriegsgericht verurteilt am 31. Januar 1923 in Aachen vier deutsche Polizisten zum Tod.

Januar 1923

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich fast 100,0 % (x149/42).

13.02.1923

Deutsches Reich: Reichspräsident Ebert ruft am 13. Februar 1923 zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.

In den höheren Schulen Bayerns wird am 13. Februar 1923 das bisherige Pflichtfach "Französisch" durch "Englisch" ersetzt.

31.03.1923

Deutsches Reich: Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen werden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).

06.05.1923

Deutsches Reich: Die französischen und belgischen Besatzungsmächte lehnen am 6. Mai 1923 ein deutsches Reparationsangebot ab.

26.05.1923

Deutsches Reich: Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wird am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den aktiven Widerstand des Albert Leo Schlageter (x051/516): >>Schlageter, Albert Leo, geboren in Schönau (Schwarzwald) 12.8.1894, gestorben in der Golzheimer Heide (heute Düsseldorf) 26.5.1923 (erschossen), deutscher Offizier; im 1. Weltkrieg Freiwilliger (zuletzt Leutnant), ausgezeichnet mit dem EK I, 1919-21 Freikorpskämpfer im Baltikum, bei der Niederschlagung eines kommunistischen Aufstands im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Nach Einsetzen des Ruhrkampfes gegen die französische Besatzung propagierte Schlageter den Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand und beteiligte sich an Sabotageakten. Schlageter, der ab 1922 dem NSDAP-Ableger Großdeutsche Arbeiterpartei angehörte, wurde Opfer von Spitzeln in den eigenen Reihen. Nach geglücktem Anschlag auf die Bahnlinie Düsseldorf-Duisburg bei Kalkum verrieten sie ihn den französischen Behörden, die ihm den Prozeß machten und ihn am 8.5.23 zum Tod verurteilten. Trotz massiver deutscher Proteste bestätigte Poincaré zum Zeichen der Unerbittlichkeit das Urteil.

Schlageter wurde von den Rechtsparteien, insbesondere den Nationalsozialisten, zum "Märtyrer" aufgebaut. 1931 setzten sie ihm an der Hinrichtungsstätte ein 31 m hohes Ehrenkreuz, 1933 schrieb Johst ein Schlageter-Drama, das er Hitler widmete.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/22-24): >>"**Wanderer ins Nichts**"

_ von *Rüdiger Lenhoff*

Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.

"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktat-

friede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhrbesetzung zu irregulären Kämpfern des Reiches werden ließen.

Kampf um Oberschlesien

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greuelthaten. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung".

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksradikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:

"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

Unter französischer Kuratel

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.

Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht. 1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war. Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.

Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.

Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.

Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.

Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikanische Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

Ehrung durch Nazis und Kommunisten

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:

"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.

Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül

nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine "Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.

Anlässlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

30.06.1923

Deutsches Reich: Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke sterben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.

In Mainz verurteilt die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.

11.07.1923

Deutsches Reich: Im besetzten Ruhrgebiet werden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/199).

02.08.1923

Deutsches Reich: Die englischen Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Ruhrkampfes werden von Frankreich am 2. August 1923 abgelehnt.

26.09.1923

Deutsches Reich: Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen bricht die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnen diese Entscheidung ab.

Die deutsche Reichsregierung verkündet am 26. September 1923 das Ende des passiven Widerstandes (x243/27): >>Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. ...

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. ...

Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. ...

Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß ... die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ...<<

Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen läßt, protestiert die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) fordert, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

September 1923

Deutsches Reich: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursacht, bricht im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkt die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellen pausenlos neue Banknoten her und die Preise klettern

auf astronomische Höhen. Die Inflation führt schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig.

...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

23.10.1923

Deutsches Reich: Käthe Kollwitz (1867-1945, deutsche Grafikerin und Bildhauerin) berichtet am 23. Oktober 1923 (x034/207): >>... Die Rheinische Republik ist ausgerufen, der Dollar steht auf 40 Millionen, für morgen ist der Generalstreik angekündigt. Hunger und Ratlosigkeit überall. Mir ist fürchterlich zumute.<<

Oktober 1923

Deutsches Reich: Da das Geld buchstäblich über Nacht seinen Wert verliert, zahlt man ab Oktober 1923 den Lohn nur noch täglich aus.

USA: Oswald G. Villard schreibt im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

November 1923

Deutsches Reich: Die Preise erreichen im November 1923 unfaßbare Summen und steigen immer rasanter (1 Brot kostet z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

Im November 1923 kostet 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).

Die Lehrerin Wilhelmine S. berichtet über die Inflation im Jahre 1923 (x067/91): >>Wir erlebten die Inflation, die das Geld in wertloses Papier verwandelte: Hartgeld verschwand, die Scheine wurden an Menge immer mehr und mit Zahlen bedruckt, die in schwindelnde Höhen

stiegen. Wir wurden papierene Millionäre und Milliardäre und schließlich gar Besitzer von Billionen, nur daß der Gegenwert sich bald in nichts auflöste.

Unser Gehalt bekamen wir in wöchentlichen Raten. Unser ältester Kollege holte die ganze Summe jede Woche vom Rathaus; und seine Aktentasche war so voll, daß sie sich nicht mehr schließen ließ. Wir nannten ihn unseren Finanzminister. Während wir in der Pause im Lehrzimmer saßen, legte er jedem von uns seinen Paken Scheine auf den Platz.

Kaum hatten wir sie, so sausten wir damit los, um uns zu kaufen, was wir dafür noch kriegen konnten – schließlich war es kaum noch ein halbes Brot oder eine andere notwendige Kleinigkeit. Wir aber waren froh, unser Geld umgesetzt zu haben. Denn jeden Mittag gegen 1 Uhr war ein neuer Kurs fällig, der sich nach dem Dollar richtete – und dann war unser Reichtum null und nichtig! ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Not und das Elend in der Hauptstadt Berlin (x256/-78): >>Zahlreiche Kinder auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten.

Die Not erstickt allmählich jedes Gefühl für Ordnung, Sauberkeit und Sitte und läßt nur noch dem Gedanken an Kampf gegen Hunger und Kälte Raum. ...<<

Ein anderer Zeitzeuge berichtet über die Inflation im Jahre 1923 (x243/26): >>Die Mark rutschte, fiel, überstürzte sich, verlor sich im Bodenlosen. Städte, Fabriken, Handelsunternehmen druckten Assignaten (Papiergeld) nach eigenem Belieben, ließen Milliardenflocken auf die Straße schneien.

Keiner wollte die bunten Zettel wirklich haben. Wer wußte denn, ob sie gedeckt waren? Die Inflation machte aus dem Geld einen Unsinn. Wer etwas davon in die Tasche bekam, stopfte es am Vormittag in irgendeine Geschäftskasse, um etwas zu erstehen, das er nicht brauchte, der Kaufmann stürzte mit dem Papier in ein anderes Geschäft, nur fort damit, es war, als ob die Geldzettel giftig oder feurig wären; ein Mann kaufte 20 Badewannen, das Wort "Sachwert" wurde Trumpf. ...<<

Die Folgen der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg

Die Einführung der Rentenmark (November 1923) machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm.

Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommuni-

sten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

Gustav Stresemann berichtet später über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91):

>>Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen.

Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland miterlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung darin, daß die geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäß Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde.

Wie weit die Staatsräson dazu befugt war, dieses Opfer von einer ganzen Generation zu fordern, dieses Opfer, das darin bestand, daß das vom Staat ausgegebene Geld wertlos und nicht wieder ersetzt wurde, darüber ist der Streit der Geister und vielleicht auch die Praxis der Gesetzgebung bis heute nicht zum Abschluß gekommen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Inflation" (x051/276-277):

>>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung (und damit Nachfrageüberhang), Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.

Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete.

Diese verzögerte Auswirkung kam durch die Überwindung der Inflation mit Rentenmark, Umverteilung der Reparationen im Dawesplan und Auslandskredite zustande, denen eine kurze Periode (bis 1929) schmaler Prosperität folgte. Eine neue, allerdings zurückgestaute Inflation löste die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung durch deficit spending und v.a. die Finanzierung der Aufrüstung zum Teil durch Geldschöpfung insbesondere im Zweiten Weltkrieg aus.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtet später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26):

>>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulant, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfän-

ger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der deutsche Historiker Eberhard Kolb schreibt im Jahre 1984 über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91): >>Die weitverbreitete Vorstellung von der "Vernichtung des Mittelstandes" durch die Inflation ist nach einhelliger Auffassung der Wirtschafts- und Sozialhistoriker falsch.

Der "Mittelstand" bestand aus sehr verschiedenen Gruppen, die in sehr unterschiedlicher Weise die Auswirkungen der Inflation – die nahezu totale Entwertung aller Geldvermögen und die damit einhergehende totale Entschuldung aller Schuldner (einschließlich der öffentlichen Hände) – zu spüren bekamen.

Während Sparer, Hypothekengläubiger und Inhaber öffentlicher Anleihen ihr Vermögen verloren und die Schicht der Kapitalrentner (Menschen, die von den Zinsen ihres Geldvermögens lebten) ganz verschwand, litten Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Handwerker unter der Inflation kaum in nennenswertem Maße und machten gute Geschäfte, auch die Landwirtschaft wahrte insgesamt ihren sozialen Besitzstand.

Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß der Umverteilungsprozeß innerhalb der deutschen Mittelschicht die Auflösung des deutschen "Bürgertums" als eines sozialen und politischen Machtfaktors beschleunigte, die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien erheblich verstärkte und nachhaltig auf die Konfiguration (Gestaltung) des deutschen Parteiensystems zurückwirkte. ...<<

09.01.1924

Deutsches Reich: Heinz Orbis (1884-1924, eigentlich Franz-Josef Heinz), ein Führer der von Frankreich unterstützten "Pfälzischen Republik", wird am 9. Januar 1924 mit seinen engsten Kampfgefährten als "Volksverräter" in Speyer erschossen (x063/547).

Als England die Anerkennung der deutsch-französischen "Rheinischen Republik" ablehnt, stellt Frankreich Anfang 1924 allmählich die Unterstützung der deutschen Überläufer ein (x063/548).

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x012	Preußisches Staatsministerium (Hg.): Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1928, 134. Jahrgang. Berlin.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. <u>Die deutschen Vertriebenen</u> . Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte</u> , Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.

x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte</u> . Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart</u> . 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung</u> . 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: <u>Der große Bildatlas zur Weltgeschichte</u> . Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA</u> . 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft</u> . Augsburg 1994.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin. Der totale Wille zur Macht</u> . München 1991.
x081	Frevert, Hans (Hg.): <u>Verachtet - Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen</u> . Baden-Baden 1968.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten</u> . Frankfurt/Main, 1994.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus"</u> . München 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): <u>Frieden ohne Rüstung?</u> Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien</u> . 1. Auflage. Herford 1982.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse</u> . Bonn 1989.

x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949).</u> 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges.</u> 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x120	Birnbaum, Immanuel: <u>Tschechoslowakei.</u> Bremen 1972.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE.</u> 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 13. Imperialismus und 1. Weltkrieg.</u> Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit.</u> 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x206	Hemmerle, Rudolf: <u>Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur.</u> Augsburg 1996.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918).</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror.</u> München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges.</u> Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x269	Ferber, Christian (Hg.): <u>Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x274	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Stille Nacht, Heilige Nacht. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit.</u> Kassel 2004/2005.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x289	Baberowski, Jörg, und Anselm Doering-Manteuffel: <u>Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium.</u> 2. Auflage 2007. Bonn 2007.
x291	Loth, Wilfried: <u>Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert.</u> Frankfurt 1992.

x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x308	Naimark, Norman N.: <u>Flammender Haß.</u> Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x312	März, Peter: <u>MYTHEN, BILDER, FAKTEN.</u> Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands.</u> Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland.</u> Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x319	Flocken, Jan von: <u>1000 Jahre Deutsches Reich.</u> Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz. 2. Auflage. COMPACT-Geschichte Nr. 1. Werder (Havel) 2018.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte.</u> Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag.</u> Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte.</u> Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg.</u> Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle.</u> Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde.</u> Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT.</u> 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen.</u> Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x940	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/ - November 2019
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
x1.114	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/01/09/die-zerstoerung-deutschlands-wie-es-den-fuehrenden-briten-gelang-die-deutschen-fuer-sie-kaempfen-zu-lassen/#more-5918 - April 2022
x1.142	https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap010.html - Mai 2022